

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 8 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die einpaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 79.

Bromberg, Mittwoch den 5. April 1933

57. Jahrg.

„Große Politik“.

(Von unserem ständigen Warschauer Bericht-
erstatter.)

Unter dieser Überschrift bringt das „Sewiaten“-Organ, der „Kurjer Polski“, an leitender Stelle eine interessante Betrachtung über die „verborgenen“ politischen Tendenzen, welche im Mussolini-Pakt zum Ausdruck gekommen sind. Der Verfasser dieser Betrachtung ist der Ansicht, daß die Hauptrichtung der Außenpolitik Hitlers nach Süden tauge. Auf die Einhaltung des Kurzes der deutschen Außenpolitik gegen den Osten zu — dringe vor allem Preußen mit den preussischen Agrariern. Diese Richtung repräsentieren Papen und vor allem Eugen Berg. Aber nach Ansicht des genannten Warschauer Blattes bewegen sich die Absichten Hitlers vielmehr und vor allem in der Richtung nach dem Süden. Für Hitler stünde die „reinen“ Deutschen am Rhein, in Bayern, an der Elbe, in Österreich und in Tirol. Die Expansion Hitlers müsse daher — wenn er die Gewalt längere Zeit in seinen Händen haben werde — die Richtung nach dem Süden nehmen. Das bedeute den Anschluß Österreichs und

die Rückergang Tirols aus den Händen
der Italiener.

In Rom habe man den Entscheidungen vorgegriffen; anstatt abzuwarten, welche Tendenz in der Deutschen Regierung die Oberhand gewinnen werde — die Expansion nach Osten oder die nach dem Süden — habe Mussolini die Initiative ergriffen und mit seinem Paktvorschlag den Versuch gemacht, Hitler in den Konzern der Großmächte einzubeziehen und seine Nachgiebigkeit im Süden durch Konzeptionen im Osten Europas zu erkaufen. Damit habe Mussolini den „preussischen Eugen Berg“ gegen den „germanischen“ Hitler ausgespielt. Dieser Plan zeuge von der Weitsicht und der erstaunlichen Wachsamkeit des italienischen Diktators. Daß Mussolinis Plan bei Macdonalds Anklang gefunden habe, sei durchaus natürlich. Die Expansion Hitlers nach dem Süden müßte einen neuen Krieg in Europa bedeuten, der sich nicht lokalisieren ließe. Dagegen erscheinen den Engländern ein Konflikt im Osten leichter zu lokalisieren. In den südlichen Konflikt würden die größten Mächte Europas hineingezogen werden, im Osten dagegen „nur Polen“.

Von zwei Abeln sei der Sturm im Osten — das geringere. Diese Ansicht teile gewiß die ganze englische Volksgemeinschaft. So konnte das Einvernehmen zwischen dem italienischen und dem englischen Partner leicht erzielt werden. Was den dritten Partner — Deutschland — betrifft, so werde er vorläufig wahrscheinlich leicht zu kaufen sein, da ja die ehemaligen Koalitionspartner den Deutschen noch recht viel abzutreten resp. zu schenken haben. Am schwierigsten sei es um den vierten Partner bestellt, um Frankreich. Frankreichs Staatsmänner und Politiker haben — anders als ihre Kollegen in London und Rom — keinen eindeutigen Weg vor sich; sie müssen daher die Chancen lange erwägen. Für den Beitritt der Franzosen zum Pakt spricht u. a. der Vorteil, daß dadurch Deutschland im Süden unschädlich gemacht wird. Ein weiterer Vorteil, der den Franzosen erwachsen könne, wären die Zugeständnisse, die Frankreich von Italien erhalten kann, denn niemals war Italien zu Zugeständnissen an Frankreich geneigter als jetzt, meint der Verfasser der Betrachtung.

Der italienische Botschafter im Belvedere

Die einen glauben am besten zu tun, wenn sie die Augen schließen und sich die Ohren verstopfen und dann versichern, sie hätten nichts und hörten nichts; die anderen wagen zwar zu sehen und zu hören, wagen es aber nicht, das, was sie sehen und hören, mit dem richtigen Namen zu nennen. Andere wiederum — es gibt auch solche im großen Publikum — bezeichnen ihre Wahrnehmungen mit deutlichen Worten und diese Worte fassen im allgemeinen Bewußtsein mehr und mehr Wurzel. Wir wollen diese Worte nicht wiederholen. Der gemeinsame Sinn derselben und der sie begleitenden Gesten ist, daß eine gewitterschwere Atmosphäre auf den Gemütern lastet. Die Unparteilichen und Unvoreingenommenen spüren sie am meisten.

Was die Zeitartikler in den Warschauer Blättern aller Richtungen schreiben, ist ganz unmaßgeblich und bedeutungslos. Allein entscheidend ist doch in Polen nur Marschall Pilsudski, zu dem auch seine Vertrauten nur spärlich gewährten Zutritt haben, geschweige denn Fernerstehende, wie einflußreich sie sich auch dünken mögen. Der Marschall empfängt offiziell im Belvedere; die Vertrauenswürdigsten werden von ihm im Generalinspektorat der bewaffneten Kräfte empfangen. Eine undurchdringliche Mauer des Schweigens umgibt die vertraulichen Konferenzen im Generalinspektorat; die Audienzen im Belvedere werden dagegen von Zeit zu Zeit lafonisch vermerkt.

Diese kurzen Meldungen bilden die einzigen Stützpunkte für die geistigen Anstrengungen der Politiker, welche erraten wollen, welche Richtung die Entscheidung des ausschlaggebenden Faktors nehmen werde.

Viel beachtet wurde die Tatsache, daß Marschall Pilsudski dem italienischen Botschafter in Warschau Bastianini am vergangenen Sonnabend in Audienz empfangen hatte. Und mit Recht, denn diese Audienz bestätigt, daß die Ri-

chung der Beziehungen zwischen Polen und Italien im Vordergrund der polnischen Außenpolitik steht.

Natürlich hat man in politischen Kreisen nicht die allgeringste Kenntnis von dem, was Bastianini im Auftrage Mussolinis vor den Marschall Pilsudski gebracht hat. Gewiß waren es keine Allgemeinheiten ohne konkreten Inhalt. Sonst wäre er vom Marschall nicht empfangen worden. Marschall Pilsudski ist in allem, besonders aber in außenpolitischen Fragen, das direkte Gegenteil von einem Dektrinär. Andere arbeiten an der Wirklichkeit so lange herum, bis sie sie ihnen zu einer vorgefaßten These zu passen scheint. Das tut aber Marschall Pilsudski nie. Er betrachtet lange, aufmerksam und gebuldig die Gegebenheiten, bevor er eine der sich bietenden Entscheidungen trifft.

Es ist zu beachten, daß in diesen Tagen nicht Minister Beck nach Paris gefahren ist, um Titulescu zur Seite zu stehen, sondern daß zu gleicher Zeit der italienische Botschafter vom Marschall Pilsudski empfangen wurde. Das ist jedenfalls kein banaler Zug, er weist interessante Gedankenreihen. Es ist nicht zu bestreiten, daß es für Polen zunächst aussichtsreicher ist, sich mit Rom auszusprechen. Die Kleine Entente, das sich — Einreihen in die Front der Kleinen Entente-Staaten kann man immer noch rechtzeitig für den Fall aufsparen, wenn alle Brücken brechen.

Jetzt ist aber die Frage am wichtigsten: Welche
könnte zwischen Warschau und Rom konstruiert
werden?

Wer diese Brücke baut, muß von der Entente sehr weit abrücken.

Es ist sicher kein Zufall — in diesen Dingen geschieht nichts ohne Plan — daß Marschall Pilsudski zuerst den italienischen Botschafter empfangen hat, bevor er den sowjetrussischen Gesandten zu sich sprechen läßt. Das ist sogar eine Komik gegenüber sehr einladende Worte — denn Moskau drängt und hat es sehr eilig, Warschau davon zu überzeugen, daß Stalin entschlossen sei, um zuzulernen. Aber Warschau läßt sich noch Zeit, die sowjetrussischen Angebote anzuhören und zu prüfen, Angebote, welche in den polnischen Kreisen mehr oder weniger richtig erraten werden, welche aber keineswegs aus platonischen Beteuerungen bestehen können.

Während oben das hohe diplomatische Spiel vor sich geht, hat man unten das drückende Gefühl, daß der Horizont dicht verschleiert ist und die nächste Zukunft rätselhaft erscheinen läßt.

Die Verhandlungen Titulescu.

Der „Kurjer Warszawski“ läßt sich von seinem Pariser Korrespondenten melden:

Von den Ergebnissen der Konferenzen zwischen Titulescu und Paul-Boncour, sowie zwischen Daladier und Herriot ist Endgültiges noch nicht bekannt. Die Erklärung des Bevollmächtigten der Kleinen Entente, daß er mit den durchgeführten Gesprächen zufrieden sei, sei als eine schablonenartige Wendung der diplomatischen Höflichkeit zu werten. Nichtsdestoweniger gilt als sicher, daß sich die Pariser Gespräche mehr um die Taktik der bevorstehenden Abkommen als um eine Diskussion über den Inhalt des italienischen Projekts gedreht hätten. Andererseits heißt es, daß einige französische, der Regierung nahestehende politische Kreise immer mehr zu der revisionistischen These zuneigen, hauptsächlich infolge der Notwendigkeit, einen Kontakt mit Mussolini zu unterhalten und sich nicht England zum Gegner zu machen, das von der Notwendigkeit einer Revision überzeugt ist. Soll man der „Liberté“ Glauben schenken, so beginnt der Widerstand Daladiers schwächer zu werden. „Echo de Paris“ klagt Jouvelet an, daß er nach Paris gerade zu dem Zwecke komme, um das Einverständnis der Französischen Regierung mit dem Plan Mussolinis zu erzwingen.

Nach „Homme Libre“ soll Mussolini Jouvelet erklärt haben: Die Kolonien und die Parität zur See sind für mich Fragen von untergeordneter Bedeutung. Vor allem ist Ordnung in Mitteleuropa zu schaffen, und ganz besonders zu diesem Zwecke fordere ich Aktionsfreiheit. Die einflußreiche „Agence économique et financière“ ist vollständig in das revisionistische Lager übergegangen. Endlich veröffentlicht „Bulletin Quotidien“ italienische Meldungen, aus denen hervorgeht, daß Mussolini von Frankreich lediglich das Einverständnis auf die Rückgabe von gewissen verlorenen Gebietsteilen an Ungarn und die Rückgabe von Pommern an Deutschland fordere. Frankreich zögere, ob es sich auf die Seite Polens und der Kleinen Entente stellen und die Traktate verteidigen solle, die die Hauptquelle der Weltkrisis seien, oder ob es resolut auf die Seite der Großmächte übergehen und mit ihnen an der gerechten Revision des Europa von Versailles arbeiten solle. „Corriere della Sera“ vom 27. März gibt der Überzeugung dahin Ausdruck, daß die Französische Regierung endgültig die zweite Alternative wählen werde.

In der „Revue Parlementaire“ vom 1. d. Mts. zeichnet der Chefredakteur de Chembon ein böshafes und tendenziöses Bild über die internationale Lage Polens, auf das Frankreich heute gar nicht rechnen dürfe.

Vom „Deutschen Teufel“

und von Mussolinis revisionistischen Plänen.

Der Wiener Korrespondent des „Kurjer Warszawski“, der Gelegenheit hatte, sich mit einem vorübergehend in Wien weilenden hervorragenden englischen Politiker über die aktuellsten Fragen der europäischen Politik zu unterhalten, vermittelt einige Mitteilungen, die ihm der in die Hintergründe der diplomatischen Aktionen eingeweihte Engländer gemacht haben soll.

„Ich kann Ihnen — sagte der englische Politiker zu dem polnischen Journalisten — autoritativ zur Kenntnis geben, wie sich im Mussolini-Plan die Polen betreffende Grenzrevision darstellt. Mussolini ist mit dem Plan hervorgetreten, das Korridorproblem in folgender Weise zu lösen: Danzig soll an Deutschland angegliedert werden. Es soll ein deutscher Korridor durch den polnischen Korridor hindurch geschaffen werden. Ödgingen bleibt bei Polen, mit dem es durch eine internationalisierte Bahnlinie verbunden wird. Diesem Plane hat nicht nur Hitler, sondern auch Macdonald zugestimmt.“

Als die Hitlerleute — lautet die weitere Information — in Danzig ein nationalsozialistisches Regime unter der Parole der Angleichung der Politik Danzigs an die des Reichs einführen wollten, erhielten sie von Hitler den Befehl, diese Absicht aufzugeben, und zwar aus dem Grunde, weil die einseitige Änderung des status quo auf dem Danziger Gebiete den Plan einer internationalen Erledigung der Korridorfrage auf Grund der Konzeption Mussolinis und Macdonalds durchkreuzen würde. (?)

Schwere Grenzkorrekturen legt der italienisch-englische Plan auch den Staaten der Kleinen Entente zugunsten Ungarns auf. Der englische Politiker, der sich als Gegner dieser Revisionspläne erklärte, betonte dem polnischen Korrespondenten gegenüber seinen Glauben an den guten Willen Macdonalds, dem Frieden zu dienen. Er nehme an, daß Macdonald den Besuch in Rom „in der Befürchtung eines Krieges, der seitens des Hitlerischen Deutschlands drohe“ unternahm. Macdonald übertreibe aber diese Gefahr, denn „der deutsche Teufel“ sei „nicht so schrecklich“, daß er ohne Grenzrevisionen nicht zu zügeln wäre — schloß der mit keinem Namen genannte angeblich hervorragende englische Politiker.

Vor einer Reise Titulescus nach London.

London, 4. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird sich der rumänische Außenminister Titulescu doch nach London begeben, um mit den englischen Regierungskreisen Fühlung zu nehmen. Der genaue Zeitpunkt der Reise steht noch nicht fest.

Frankreichs Gegenvorschlag zum Mussolini-Plan.

Paris, 4. April. (Eigene Drahtmeldung.) Über die Gegenvorschläge, die die Französische Regierung im Zusammenhang mit dem Vier-Mächte-Pakt der Italiener und der Englischen Regierung zu unterbreiten beabsichtigt, sichert nach und nach immer mehr an die Öffentlichkeit. Wenn die Informationen der großen Pariser Presse zutreffen, kann man schon jetzt sagen, daß diese französischen Vorschläge überhaupt nichts mehr mit dem Vorschlag Mussolinis zu tun haben, sondern lediglich Verwässerungsmanöver darstellen.

Der außenpolitische Berichtsführer des „Echo de Paris“, Pertinax, weist darauf hin, daß die neuen französischen Vorschläge an Stelle des Art. 1 des italienischen Planes, der den Kellogg-Pakt und den Nichtangriffs-Pakt als Grundlag für die Aufrechterhaltung des Friedens betrachtet, den Völkerbund-Pakt setzen. Außerdem ist in den französischen Vorschlägen nicht mehr die Rede von einer Revision der Verträge, sondern von einer „Regelung des Friedens“. Eine Vorstudie, die dazu dienen soll, im gegebenen Augenblick eine ablehnende Haltung Frankreichs zu rechtfertigen. In der Gleichberechtigungsfrage wird die Französische Regierung die These von der Sicherheit wieder aufgriffen und noch einmal darauf hinweisen, daß eine Gleichberechtigung Deutschlands nicht ohne neue Sicherheitsgarantien zuerkannt werden könne und daß diese Gleichberechtigung niemals die Wiederaufrüstung Deutschlands nach sich ziehen dürfe. Wie Pertinax weiter mitteilt, beabsichtigt die Französische Regierung aber die übrigen interessierten Mächte noch im Laufe des Dienstag über den Inhalt ihrer Gegenvorschläge zu unterrichten.

Der „Petit Parisien“ weist ebenfalls darauf hin, daß die Französische Regierung mit allem Nachdruck den Grundsatz der völligen Unantastbarkeit der augenblicklichen Grenzen der Völkerbundmitglieder verlangen werde. Sie werde den englischen und italienischen Wünschen zwar weitgehend Rechnung tragen, dabei aber die Rechte der Kleinen Entente, Polens und Belgiens ganz besonders verteidigen.

Das „Journal“ unterstreicht die Absicht der Regierung, in ihrem Plane noch einmal auf die Notwendigkeit neuer Sicherheitsgarantien hinzuweisen, ohne die eine Abrüstung nicht durchführbar sei. Sie werde außerdem noch gewisse Garantien für diejenigen Staaten fordern, auf deren Kosten die Revision der Verträge durchgeführt werden sollte.

„Zurück zum Jahre 1914!“

Unter diesem Titel stellt Jacques Bainville in der radikal rechtsstehenden monarchistischen „Action Française“ Betrachtungen über die heutige Weltlage an, denen wir folgende Sätze entnehmen:

„Ich weiß nicht, ob, wie Paul - Bourcour sagt, die kommenden Monate über Krieg und Frieden entscheiden werden; aber die Berufung auf „unsern lieben Briand“ wird uns nicht vor dem Bliz schützen. Ein Außenminister, der sich bemüht, einen späteren Konflikt zu vermeiden, hat mehr zu tun, als einen neuen Heiligen (Briand) anzurufen. Er muß die Symptome überwachen, die sich in Europa zeigen. Die außerordentliche Unflughet, mit der Herr MacDonald über die Revision der Verträge gesprochen und dafür die Unterstützung der britischen Regierung eingesetzt hat, hatte eine Reaktion der Kleinen Entente zur sofortigen Folge. Schon die Unruhe, welche die Tschechen, die Rumänen und die Jugoslawen empfinden, haben diese Staaten dazu veranlaßt, die Bande, die sie miteinander verbinden, fester zu ziehen. Die Union, die diese Staaten bilden werden (??), hat in dem Plane Mussolinis und in dem Vorschlag, dem sich MacDonald angeschlossen hat, nämlich ein Direktorium der vier vereinigten Großmächte zu bilden, um den anderen das Gesez zu diktieren, keine geringe Rolle gespielt. Die Drohung mit der Revision der territorialen Verträge, die in den Erklärungen des britischen Premierministers präzisiert worden ist, veranlaßt olen, gleichfalls an der gemeinsamen Front teilzunehmen. Man kündigt für Sonnabend den Besuch des Obersten Beck, den Außenminister des Marfchalls Piljudski, in Prag an, der im Vorbeigehen einen Aufenthalt in Paris nehmen wird. Diese Reise wird von Benko, im französischen „Journal“ Warschau, folgendermaßen kommentiert:

„Wenn Polen sich nicht der Kleinen Entente anschließt, könnte es sich gegenüber den deutschen und ungarischen Drohungen isoliert fühlen. Der einzig mögliche Weg für Polen ist, eine starke Gruppe zu bilden und sich enger an die Kleine Entente anzuschließen.“ (Bekanntlich ist Herr Beck noch nicht nach Prag abgereist! D. N.)

In dem europäischen Kartenspiel zeichnen sich die Kombinationen ab. Frankreich wird wählen und bestimmen und seine Wahl wird die nächste oder spätere Zukunft bestimmen. Das erfordert Überlegung. Wovon sind wir heute Zeugen? Wir sehen ein Wiedererwachen des Slawentums. Die slawischen Länder, denen sich den Umständen entsprechend Rumänien anschließt, bitten um das Wort, das ihnen aber der „Friedensklub“ verweigert. Wer wird sich ihnen anschließen, oder wer wird den Eindruck erwecken wollen, daß er sich ihnen anschließen wolle? Derjenige, den man früher den „weißen Dufel“ nannte (gemeint ist wohl der „weiße Zar“) und der ein „roter Dufel“ geworden ist? Vorgeftern machte die „Gazeta Polska“, ohne die Nachricht zu dementieren, daß Oberst Beck sich nach Belgrad begeben solle, folgende Angaben:

„Die Sowjet-Blätter betonen seit einiger Zeit, daß die jugoslawische Presse eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, in denen die Wiederherstellung normaler Beziehungen und die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau gefordert wird. Die Sowjets waren geneigt, normale Beziehungen auch zu Rumänien aufzunehmen. In Moskau denkt man, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Kleinen Entente viel leichter unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei dem Echo, das die verschiedenen Vorschläge von MacDonald und Mussolini in Genf gefunden haben, erfolgen könnte. Tatsächlich stellt sich jetzt Moskau gegenüber der politischen Aktion von Rom von Tag zu Tag friedlicher ein, seitdem Mussolini der Hitler-Politik seine Approbation erteilt hat. Stellen wir die eigenartigen Vorschläge des Paktes, den Perriot mit den Sowjets abgeschlossen hat, mit den Anspielungen auf eine neue franko-russische Allianz und mit den Gerüchten von der Entsendung einer französischen Militärmission nach Moskau zusammen. Es fehlt nicht viel, und wir befinden uns in einer Lage, die derjenigen von 1914 sehr ähnlich ist: wir haben eine Kammer, die über die Dummheit der Rüstungen klagt. Es fehlt nur noch, daß ein Sowjetbotschafter in Belgrad auftaucht, um die Serben zu ermutigen, ein neues Ultimatum zu verwerfen.“

Die Einigung zwischen N.S.D.A.P. und Stahlhelm in der Pfalz

Neustadt, a. d. Hardt, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aussprache zwischen der N.S.D.A.P. und dem Stahlhelm führte nach Mitteilung der N.S.D.A.P. zu folgendem Ergebnis:

1. In der Pfalz sind sich N.S.D.A.P. und Stahlhelm darüber einig, daß ihre Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen des Reiches und Bayerns auf diesem gefährdeten Grenzboden doppelt notwendig ist. Beide Organisationen sehen sich für die Durchführung der nationalen Revolution ein.

2. Im Sinne des gemeinsamen Kampfes für Volk und Staat werden beide Organisationen unter Wahrung ihrer Grundsätze gemeinsam zusammenarbeiten. Das weitere regeln die beiden Gauleiter freundschaftlich und kameradschaftlich untereinander. Einzelheiten über die Tätigkeit dieser Zusammenarbeit werden noch festgelegt.

3. Stahlhelm und N.S.D.A.P. einigen sich in Zukunft bei Notzeiten, wie die gegenwärtige, über die gleichzeitige Mitglieder-Sperre bei Stahlhelm und N.S.D.A.P.

4. Diese Vereinbarungen erhalten rückwirkende Bedeutung für jene Fälle beider Organisationen, wo es sich um geschlossene Übertritte marxistischer Organisationen handelte, die lediglich zum Zweck erfolg, ihre verbotenen Organisationen im Stahlhelm, in der S.S. und S.M. fortzuführen zu können. Dieses gilt ebenso für solche Ortsgruppen, die seit dem 5. März in Bildung begriffen sind.

Einstein verläßt die Akademie.

Wie die Preussische Akademie der Wissenschaften mitteilt, hat Professor Einstein seinen Austritt aus der Preussischen Akademie der Wissenschaften mit der Begründung erklärt, daß er dem Preussischen Staat unter seiner jetzigen Regierung nicht mehr dienen könne. Die Akademie erklärt hierzu, daß sie keinen Anlaß habe, den Austritt Einsteins zu bedauern. Professor Einstein hat ferner die Rettung des Kaiser-Wilhelm-Instituts

Vorsicht vor Denunzianten!

Auf dem Gut des Herrn Temme in Wangeran, Kreis Graudenz, ist seit vier Jahren der landwirtschaftliche Beamte Hermann Gerlach, ein Danziger Staatsangehöriger deutscher Nationalität, ein gefeierter Mann von fast 50 Jahren, als Verwalter beschäftigt. Als unlängst außerhalb des Gutshofes in einer Feldscheune gedroht wurde, hat Herr Gerlach pflichtgemäß einen 20jährigen polnischen Scharwerker zu größerem Fleiß angehalten. Dieser antwortete grob und nahm eine drohende Haltung an, wobei er einen zweiten jungen Mann zu Hilfe rief. Beide kamen nun dicht an Herrn Gerlach heran und bedrohten ihn mit Forken und Händen. Nur seiner außerordentlichen Ruhe und dem Eintreten eines verlässlichen Feldwächters war es zu verdanken, daß es bei der Drohung blieb und kein weiteres Unheil geschah. Beide Arbeiter wurden selbstverständlich von dem Gutseigener auf der Stelle entlassen.

Unmittelbar darauf wurde Herr Gerlach von den entlassenen Arbeitern und ihren Freunden bei der Polizeibehörde in übelster Weise denunziert. Den Gegenstand dieser ebenso unglaublichen wie unverkämten Denunziationen, welche leider die Verhaftung des deutschen Verwalters zur Folge hatten, liest man in dem in Graudenz erscheinenden „Goniec Radwiskanski“. Dort heißt es u. a.:

„Dieser Deutsche, der durch seine habsburgischen Ausschreitungen bekannt ist, erreichte neulich den Höhepunkt seiner Perfidie, und zwar hat er sich zu einer kleinen Gruppe polnischer Arbeiter, die auf dem Gut beschäftigt waren, geäußert, daß schon in kurzer Zeit Hitler käme und Pommerellen mit Preußen vereinen würde; daß die Militärpflichtigen nicht mehr ins polnische, sondern ins deutsche Heer eingezogen, daß alle Polen, die in den Organisationen zur militärischen Vorbereitung seien, erschossen würden, und daß zudem er selbst die Polen an die Wand stellen und erschließen würde (1). Zur Unterbrechung seiner Worte soll Gerlach vor den Arbeitern erklärt haben, daß er alle Polen, die erschossen werden sollen, in eine besondere Liste eintrage, die er bis zum Einmarsch der Deutschen in Pommerellen verwahren werde.“

Nach unseren zuverlässigen Informationen glaubt niemand, der Herrn Gerlach kennt, daß er sich in der angegebenen Weise auch nur annähernd geäußert haben könnte. Als Danziger Staatsangehöriger war er mit seinen Äußerungen ganz besonders vorsichtig. Außerdem gibt es keinen deutschen Beamten, der sich in der Sprache des „Goniec Radwiskanski“ bewegt, in der viel von „habsburgischen Ausschreitungen“ gesezt wird, ohne daß der gemeine Mann weiß, was man wohl darunter zu verstehen hat.

Aber solange die Erde steht, sind leider die Mittel, die zur Bekämpfung von Denunzianten und anderen Unkräutern dienen, nur von beschränkter Wirksamkeit!

für Physik, die er gemeinsam mit Professor Max von Laue innehatte, niedergelegt.

Das Guthaben Professor Einsteins beschlagnahmt.

Im Zusammenhang mit dem Verfahren, das gegen Professor Einstein eingeleitet worden ist, wurde laut „Total-Anzeiger“ durch Beamte der vom preussischen Innenministerium eingesetzten Sonderkommission II bei einer Berliner Großbank ein Guthaben Einsteins im Betrage von 30 000 Mark, davon 25 000 Mark in Effekten und 5000 Mark in barem Gelde, beschlagnahmt.

Emil Ludwig

heßt gegen Deutschland.

Der „Bölkische Beobachter“ schreibt: Der berühmte jüdische Geschichtsfälscher und Literat Emil Ludwig-Cohn veröffentlicht heute im „Daily Express“ einen Artikel, der die Überschrift trägt: „Juden und Deutsche sind gleich“. Emil Ludwig behauptet allen Ernstes, die Deutschen und die Juden hätten gleiche Charaktereigenschaften und das sei der Grund des gegenseitigen Hasses. Um die guten Eigenschaften der Deutschen zu entwickeln, müßte man ihnen ihr Land nehmen und sie in alle Welt zerstreuen, wie es mit den Juden geschah.

Im übrigen droht Emil Ludwig mit der Geldmacht der Wallstreet. Er schreibt: „Hitler kann sein antisemitisches Programm nicht durchführen, ohne sich selbst zu schaden.“

Wenn nötig, ist die ausländische Geschäftswelt stark genug, um für die Juden in Deutschland einzugreifen und die Juden im Ausland können dann geschlossen eine Besserung der Lage der deutschen Juden erzwingen. Wie das getan wird, weiß man bereits in Wallstreet. Wenn das jüdische Weltkapital es will, kann es die Lage der deutschen Juden schnell verbessern.“

Eine Quelle der Hatzpropaganda entdeckt.

Durch Beamte der politischen Polizei konnten zwei üble Burichen festgenommen werden, die durch die Verbreitung von Falschmeldungen das Ansehen Deutschlands auf das empfindlichste geschädigt haben. Es handelt sich um den 38jährigen russischen Staatsangehörigen Markus Neumann und den 22jährigen Rumänen Alexander Sternberg, die in Frankfurt a. M. wohnten. Eine Hausdurchsuchung förderte eine Reihe belastenden Materials zutage. Daraus ergab sich, daß die beiden in der letzten Zeit Meldungen über Mißhandlungen von Juden, die unter Duldung der Polizei auf der Straße vorgekommen sein sollten, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den verbreitet hatten. Die Festgenommenen standen mit einer Reihe ausländischer Zeitungen in Verbindung, denen besonders Neumann Nachrichten über innenpolitische deutsche Angelegenheiten zuleitete und in denen neben Einzelheiten über angebliche Gräueltaten an Juden auch der Reichsfanzler beschimpft und verächtlich gemacht wurde. Die beiden werden sich vor dem neu gebildeten Sondergericht zu verantworten haben.

Stegmann wieder auf freiem Fuß.

Der „Frankische Kurier“ meldet, der wegen angeblicher Anzettelung einer Vespertigung des Abgeordneten Streicher festgenommene frühere Reichstagsabgeordneter Steg-

mann wurde vom Gericht wieder auf freien Fuß gesezt, weil auf Grund der geslogenen kriminalpolizeilichen Erhebungen die der Anzeige zu Grunde gelegten Anhaltspunkte nicht ausreichen, den Verdacht aufrechtzuerhalten.

Vortrag Gregor Strassers in Oslo.

Gregor Strasser wird am 5. April in Oslo als Gast des Federlandsblat (Waterlandsverein) und des Konserativen Studentenvereins einen Vortrag halten.

Professor Anschütz stellt seinen Lehrstuhl zur Verfügung.

Der Staatsrechtslehrer der Heidelberger Universität, Geheimrat Professor Dr. Anschütz, hat bei der Badischen Staatsregierung um seine Versezung in den Ruhestand nachgesucht. Geheimrat Anschütz, der im 67. Lebensjahr steht, ist vor allem bekanntgeworden durch seine Kommentare zur preussischen und zur Reichsverfassung.

Weitere Reichstags-Brandstifter?

Wie der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts mitteilt, sind am 9. März wegen Hochverrats folgende drei bulgarische Staatsangehörige festgenommen worden: 1. Georgi Dimitroff, am 18. Juni 1882 in Radomir geboren, 2. Wassil Konstantinoff Taneff, geboren in Gergeli am 21. November 1897, Blagoi Siminow Popoff, am 28. November 1902 in Drjen geboren.

Diese drei Personen haben sich seit längerer Zeit in Deutschland, besonders in Berlin, unangemeldet aufgehalten und sich im linksradikalen Sinne politisch betätigt. Sie standen auch mit dem Reichstagsbrandstifter in Verbindung. Es wird angenommen, daß diese drei Bulgaren Komplizen des Brandstifters sind.

Sichtvermerk für Auslandsreisen.

W.B. meldet:

Der Reichsminister des Innern wird eine Bekanntmachung erlassen, wonach Reichsangehörige zum Grenzübertritt bei der Ausreise aus dem Reichsgebiet eines Sichtvermerks bedürfen. Die Sichtvermerke werden, wie alle Sichtvermerke, von den Sichtvermerkbehörden erteilt.

Nach dem Beispiel von Potsdam?

Nationalversammlung auf dem Wawel

„Tempo Dnia“ meldet: In der Regierung nahestehenden politischen Kreisen wird auch weiterhin die Frage erwogen, welchen Ort man zu der Sitzung der Nationalversammlung wählen solle, die die Wahl des Präsidenten der Republik vornehmen wird. Man spricht immer häufiger und ernster davon, daß diese Versammlung auf dem Wawel, der polnischen Königsburg in Krakau, abgehalten werden soll. Vorherrschend ist auch die Meinung, daß, falls man aus irgend welchen Rücksichten die Sitzung in Krakau nicht abhalten könnte, wenigstens der Ort der Vereidigung im Wawel stattfinden müßte.

Aber diese Frage wird in der nächsten Zukunft entschieden werden, wobei die entscheidende Stimme Marschall Piljudski haben wird, von dem man behauptet, daß er ein Anhänger der Verlegung der Nationalversammlung nach Krakau, sei, da die Wahl des Staatsoberhauptes im Wawel diesem Staatsakt einen besonderen Glanz verleihen würde.

Aus anderen Ländern.

Bereiteter Anschlag auf Mussolini.

Erst jetzt wird in Rom ein offizielles Communiqué bekanntgegeben, daß am 18. März während eines Essens zu Ehren des Besuchs MacDonalds und Simons in Rom vor dem Palazzo Venezia ein Mann festgenommen worden ist, der sich im Besitz eines Revolvers befand und zugegeben hat, daß er Mussolini ermorden wollte. Der Mann konnte als der 33jährige Giacomo Poggio aus Masio in der Provinz Alessandria identifiziert werden. Er ist, wie die bisherige Untersuchung ergeben hat, geistesgestört, und wird voraussichtlich, ohne daß gegen ihn überhaupt ein Verfahren vor dem Staatsgerichtshof anhängig gemacht wird, in einem Kriminal-Asyl untergebracht werden.

Polnische Ortsbezeichnungen in Litauen.

Die polnischen Zeitungen in Kowno, die als Protest gegen eine Anordnung, wonach die Bezeichnung der litauischen Ortsnamen auch in den fremdsprachigen Zeitungen im Litauischen zu erfolgen habe, ihr Erscheinen einstellen, kommen jetzt wieder heraus, da auf Grund einer Intervention bei den ausländischen Regierungen ein entsprechendes Übereinkommen getroffen wurde. Die polnischen Zeitungen schreiben, wie früher, die litauischen Ortsnamen in polnischer Sprache.

Massenverhaftungen in Indien.

Die Indische Regierung hat über 400 Mitglieder des allindischen Kongresses verhaften lassen. Sie werden des Versuches beschuldigt, die von der Regierung verbotene Jahreskonferenz des Kongresses in Kalkutta abzuhalten. Unter den Verhafteten ist der Sohn Gandhis, Devadas Gandhi, und der Kongressführer Pandit Malaviya.

Verstaatlichung der amerikanischen Eisenbahn?

Wie aus gut informierten Kreisen aus der Umgebung des Präsidenten Roosevelt berichtet wird, beabsichtigt der Präsident der Vereinigten Staaten, einschneidende Änderungen auf dem Gebiet des amerikanischen Eisenbahnwesens zu fordern. Im besonderen sollen diese Änderungen eine teilweise Verstaatlichung oder wenigstens die Einführung einer Kontrolle der Eisenbahn betreffen, die sich bis jetzt vollkommen in den Händen der großen Trusts befindet. Der Präsident soll ferner große Erleichterungen für die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Transport-Tarife fordern. Außerdem sollen alle Golding-Eisenbahngesellschaften unter die Kontrolle der Regierung gestellt werden.

Neuregelung des Posttarifs.

Auf Grund des Art. 17 des Gesetzes vom 3. Juli 1924 über Post, Telegraphie und Telefon (Dz. Ust. Nr. 58, Pos. 584) wird von dem Minister für Post und Telegraphie eine Änderung des Posttarifes angeordnet, die im neuesten Dziennik Ustaw Nr. 23, Pos. 191 veröffentlicht ist.

Danach kosten Privat-Drucksachen

bis 25 Gramm	5 Groschen
über 25 bis 50 Gramm	10 Groschen
über 50 bis 100 Gramm	15 Groschen
über 100 bis 250 Gramm	25 Groschen
über 250 bis 500 Gramm	50 Groschen
1000 bis 2000 (nur einzeln versandte Bände)	70 Groschen

Amtliche Drucksachen kosten

bis 25 Gramm	5 Groschen
über 25 bis 50 Gramm	10 Groschen
über 50 bis 100 Gramm	15 Groschen
über 100 bis 250 Gramm	25 Groschen
über 250 bis 2000 Gramm	40 Groschen

Private und amtliche Drucksachen, die in einer Anzahl von über 100 bis 500 Stück aufgegeben werden, kosten 60 Prozent, über 500 bis 1000 Stück 50 Prozent, über 1000 Stück 40 Prozent der Drucksachengebühr für private oder amtliche Sendungen des entsprechenden Gewichts.

Unadressierte Drucksachen bis 50 Gramm (nur im Innenverkehr) für je 500 Stück 3 Zloty und Flugblätter (unadressiert) für je 1000 Stück 5 Zloty. (Größe wie für Briefe.)

Handelspapiere kosten

bis 100 Gramm	15 Groschen
über 100 bis 250 Gramm	25 Groschen
über 250 bis 500 Gramm	50 Groschen
über 500 bis 1000 Gramm	60 Groschen

(Größe wie bei Briefen.)

Warenproben bis 100 Gramm kosten 15 Groschen, über 100 bis 250 Gramm 25 Groschen, über 250 bis 500 Gramm 50 Groschen.

Warenproben, die gleichzeitig in Mengen von über 100 bis 500 Stück aufgegeben werden, kosten 60 Prozent, über 500 bis 1000 Stück 50 Prozent, über 1000 Stück 40 Prozent der Gebühren für Warenproben des entsprechenden Gewichts. Die Größe solcher Sendungen kann nicht überschreiten 45x20x10 cm oder falls es sich um Rollen handelt 45 cm Länge und 15 cm Durchmesser.

Mischsendungen kosten

bis 100 Gramm	15 Groschen
über 100 bis 250 Gramm	25 Groschen
über 250 bis 500 Gramm	50 Groschen
über 500 bis 1000 Gramm	60 Groschen

Mischsendungen, die nur Drucksachen und Warenproben enthalten und gleichzeitig aufgegeben werden in Mengen von über 100 bis 500 Stück, kosten 60 Prozent, über 500 bis 1000 Stück 50 Prozent, über 1000 Stück 40 Prozent der Gebühr für Mischsendungen des entsprechenden Gewichts.

Änderungen sind auch in der Abrechnung „Zuschlagsgebühren“ vorgenommen worden. So beträgt die Einschreibgebühr für Briefsendungen statt 60 — 50 Gr. Empfangsbestätigung statt bisher 60 — 50 Groschen. Rückbestätigung bei Auszahlungen statt 60 — 50 Gr. Die neuen Gebühren sind am 1. April in Kraft getreten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeliegt.

Bromberg, 4. April.

Noch kühl.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise heiteres und noch kühles Wetter bei rasch abflauenden Nordwestwinden an.

Raubüberfall im Kreise Bromberg.

Gute Arbeit von Polizei und Polizeihund.

In Groß-Konst, Kreis Bromberg, ist in der Nacht zum 1. April ein schwerer Raubüberfall verübt worden. Mehrere Banditen drückten zwei Fensterheben im Schlafzimmer der Landwirtsfrau Katharina Paczkowska, in dem sich auch deren Tochter befanden, ein. Sie gelangten so in das Innere des Wohnhauses, sperren unter Bedrohung mit einem Revolver die Frauen in ein Zimmer ein, vor dem ein Bandit Wache hielt. Ein zweiter Bandit hielt vor dem Gehöft Wache, während der dritte eine Durchsuchung der Wohnung vornahm. Die Täter machten eine große Beute. Sie raubten 1300 Zloty in bar, zwei goldene Uhren, eine silberne Uhr, vier Mäntel, füllten drei Säcke mit Wäsche und eigneten sich außerdem noch je einen Eimer mit Syrup und einem solchen mit Seringen sowie verschiedene Tischausfälle und andere Dinge mehr an. Die Täter haben sich dann auf Fahrrädern entfernt.

Die benachrichtigte Polizei erfuhr von den Verurteilten fast nichts über das Aussehen der Banditen. Die Untersuchung war demnach außerordentlich schwierig. Die aus Bromberg herbeigeleiteten Kriminalbeamten, die mit einem Polizeihund erschienen waren, machten sich an die Verfolgung der Spur und wurden nach Buschkowo geführt, wo sie in der Wohnung eines Jan Duszyński eine Hausdurchsuchung vornahmen. Hier fand man den gestohlenen Eimer mit Seringen vor, über dessen rechtmäßige Herkunft D. keine Auskunft geben konnte. Man verfolgte weiter die Spur und verhaftete in Gogolin einen Mann namens Stanislaw Sab, weiter in Alt-Jaschewic einen ebenfalls der Tat verdächtigen Mann namens Zygmunt Kiliński und schließlich in Wierzuchin einen Mann namens Wladyslaw Kowalski. Hausdurchsuchungen förderten bei den genannten Personen das gestohlene Gut an das Tageslicht. Die Verhafteten Duszyński, Sab und Kowalski haben außerdem auch den Überfall auf den Landwirt Klein in Buschkowo ausgeführt. Die Bevölkerung jener Gegend, die von der Bande in der letzten Zeit arg belästigt worden ist, ist über das Ergebnis der polizeilichen Untersuchung sehr erfreut. Die Verhafteten wurden in das Bromberger Gefängnis eingeliefert.

§ Die Osterferien in den Schulen. Die diesjährigen Osterferien beginnen am 12. d. M. nach allen Schulstunden und werden bis zum Dienstag, dem 18. d. M., dauern.

§ Die Briefmarken mit Zwirko und Wigura. Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 23 vom 31. März ist unter Pos. 188 eine Verfügung des Ministers für Post und Telegraphie erschienen, die die Herausgabe von Briefmarken mit den Bildnissen der verunglückten Europaliegler Zwirko und Wigura regelt. Es handelt sich um eine 30 Groschen-Marke von der Größe 39x21 Millimeter, gedruckt mit grüner Farbe auf Briefmarkenpapier mit dem Posthorn-Wasserzeichen.

§ Die Winterhilfe braucht Osterker! Wenn der Frühling nun auch schon ins Land gezogen ist, so hat die Winterhilfe ihre notwendige Tätigkeit doch noch nicht abschließen dürfen. Gerade zu Ostern möchte sie allen ihren Schützlingen und Pflöglingen gern noch eine recht große Freude machen. In vielen Landgemeinden ist es seit Jahren schon Sitte, zur Osterzeit Eier zu sammeln für Kinder- und Altersheime und für die Bedürftigen in den städtischen Gemeinden. Die Innere Mission in Posen dürfte schon vor einiger Zeit den ersten Eierkorb mit 80 Eiern in Empfang nehmen und hat damit den Kindern der Volksschule, die an der Schulspeisung teilnehmen, eine Osterfreude gemacht. Aber große Mengen von Eiern sind noch nötig, damit überall auch ein bißchen äußerliche Osterfreude, die nun auch einmal zu diesem schönen Fest gehört, ihren Einzug halten kann. Überall werden sich gewiß fleißige Helfershelfer finden, die das Einsammeln der Eier übernehmen können. Die Kinder des Kindergottesdienstes, die jungen Mädchen und jungen Frauen aus den verschiedenen Vereinen werden sich mit Freude dazu bereit finden, mit einem recht sonnigen Gesicht, dem man nicht so leicht etwas abschlagen kann, überall eine tüchtige Portion Eier zu erbetteln. Solche Sammelaktionen kann dann auch leicht einbettelt verpackt und befördert werden. Noch trennen uns nur einige Tage von Ostern. Darum ist es Zeit, daß das Eier sammeln sofort und überall recht fleißig durchgeführt wird.

§ Milch und Sahne im Rinnstein. Zu einem schweren Verkehrsunfall kam es heute gegen 7 Uhr in der Friedrichstraße (Długa). Ein Straßenbahnwagen der Linie Bahnhof-Schlesien fuhr hier auf einen Milchwagen der Zentral-Molkerei auf. Das Pferd wurde zu Boden gerissen und der Wagen zertrümmert. 100 Liter Milch und 40 Liter Sahne flossen in den Rinnstein. Der Kutscher des Wagens kam mit dem Schrecken davon. Das Pferd dagegen hat so schwere Verletzungen erlitten, daß es wahrscheinlich getötet werden muß.

§ Ein Fortschritt! Die Bromberger Straßenbahnen, die bisher erst von 7 Uhr ab verkehrten, haben jetzt einen Frühverkehr eingerichtet, und zwar setzt dieser bereits um 5 Uhr morgens ein. Diese Maßnahme der Direktion der Bromberger Straßenbahnen wird gewiß allgemein begrüßt werden, da das Gehen des Straßenbahnverkehrs in den Morgenstunden im bewußten Gegensatz zu der Größe der Stadt Bromberg stand. Ganz besonders werden Reisende und Fremde es begrüßen, wenn sie jetzt in den Morgenstunden bereits Straßenbahnwagen zur Verfügung haben. Der Vollverkehr setzt dann wie üblich um 7 Uhr ein.

Vollzugehörigkeit verpflichtet.

Auf deine Zugehörigkeit zu dem ehrbaren, arbeitssamen, in seiner Grundfeste nimmer zu erschütternden Volke der Deutschen wünsche ich dich hiermit noch einmal eindringlichst aufmerksam zu machen. Gedenke in jeder Zeit, welch eine uralte, erstaunliche Ehre du auf dieser völkermittelnden, völkerschaffenden, völkervernichtenden Erde mit zu bewahren, zu vermehren und zu vermindern vermagst.

Wilhelm Raabe.

§ Wegen Widerstandes gegen die Polizeigewalt hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 73jährige Schuhmachermeister Franciszek Drozdowski, der 35jährige Landwirt Georg Lange und seine 55jährige Mutter Anna, alle drei aus Ludwigowo, Kreis Kolmar, zu verantworten. Am 25. Januar d. J. sollen die Angeklagten dem Polizisten Ludwig Mieczka bei einer von ihm vorgenommenen Amtshandlung Widerstand geleistet haben. Bei dieser Auflehnung dem Polizisten gegenüber hatte sich insbesondere der Angeklagte D. hervorgetan. Das Gericht erkannte alle drei für schuldig und verurteilte sie zu je sechs Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschub.

§ Zunahme der Spareinlagen in der Wojewodschaft Posen und Pommerellen. Die Gesamtsumme der Einlagen der 123 Sparkassen der Wojewodschaft Posen und Pommerellen weist einen, wenn auch unbedeutenden Zuwachs auf: während am 30. November 1932 die Summe der Spareinlagen und die Kreditsalden im Kontokorrentverkehr bei sämtlichen Sparkassen der vorerwähnten Wojewodschaften ca. 133,1 Millionen Zloty betrugen, erhöhte sich ihr Stand zum 1. März 1933 auf 134,8 Millionen Zloty.

§ Bestrafter Diebstahl. Wegen Einbruchsdiebstahls hatte sich vor dem hiesigen Kreisgericht der 29jährige Arbeiter Martin Elkowski von hier zu verantworten. Der Angeklagte, der aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt wurde, ist bereits mehrmals wegen Diebstahls verurteilt. In der Nacht zum 17. Januar d. J. verübte der Angeklagte zusammen mit einem Komplizen, den die Polizei bis jetzt nicht festnehmen konnte, einen Einbruch in das Kurzwarengeschäft der Frau Anna Adamski in der Reuhöferstraße. Die Spitzhaken waren durch Eindringen der Fensterhebe in den Laden gelangt und stahlen für etwa 1000 Zloty Kurzwaren. E. hatte den größten Teil der Diebstahlsbeute zu Geld gemacht und mit seiner Geliebten ein lustiges Leben geführt. Vor Gericht ist der Angeklagte geständig, doch sollen nach seiner Schätzung die gestohlenen Waren nur einen Wert von 300 Zloty gehabt haben. Das Gericht verurteilte den E. zu einem Jahre Gefängnis.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Heute nachmittag 4½ Uhr Eröffnung der Ausstellung „Häusliche Kunst“. Deutscher Frauenbund. (3273)

Aus dem Posener Diakonissenhaus.

Das Kuratorium der Posener Diakonissenanstalt hat zum Chefarzt der chirurgischen Abteilung des Diakonissenhauses in Posen Dr. Haendlsche aus Kattowitz berufen. Dr. Haendlsche stammt aus der früheren Provinz Posen und hat nach Beendigung seiner Studien an der Universität Breslau eine Reihe von Jahren an großen Krankenhäusern Oberschlesiens gearbeitet, zuletzt als Leiter der Abteilungen für Chirurgie und Frauenleiden am Knappschaffs-Krankenhaus in Kattowitz. Da er sich als bewährter Chirurg eines bedeutenden Rufes erfreut, sehen die Bewohner von Kattowitz ihn sehr ungern von dort scheiden. Dr. Haendlsche hat seine Tätigkeit am Posener Diakonissenhaus bereits aufgenommen.

k Czarnikau, 3. April. Zu der Nachricht über die Erschießung eines Arrestanten in Notwehr ist noch nachzutragen, daß in der Person des Erschossenen ein geistesgestörter Mann namens Schulz aus dem auf deutscher Seite gelegenen Dorfe Radolin festgestellt ist. Schulz hatte am Sonnabend bei seinem Schwager Klinder beim Feu-fahren geholfen und sich hierauf entfernt. Bei dem bedauerlichen Vorfall ist auch der Grenzbeamte so schwer verletzt worden, daß er sich in ärztlicher Behandlung im Kreis-Krankenhaus zu Czarnikau befindet.

k Czarnikau, 4. April. Durch Verfügung des Starosten im Amtsblatt Nr. 38 wurde eine allgemeine Rattenvertilgung in allen Gehöften der Stadt- und Landgemeinden des Kreises für die Tage vom 8.—11. April angeordnet.

oo Debenke (Dębionek), Kreis Wirsch, 2. April. Eine freche Diebsbande drang in einer der letzten Nächte in den Schweinestall des Besitzers Joh. Geste ein und schlachtete eine Zuchtsau. Die Diebe wurden aber gestört und ließen das Schwein zurück. Auch beim Besitzer Willi Wraße wurden Diebe verschüht.

□ Gnesen (Gniezno), 3. April. Das seltene Fest seiner 60jährigen Tätigkeit an der evangelischen Kirche konnte am 1. April der Küster Desterle feiern. Aus diesem Anlaß wurde der 86jährige Jubilar am gestrigen Sonntag durch Superintendent Schulze in das Gotteshaus geleitet und durch Überreichung eines Diploms geehrt. Der wohlverdiente Ruhesessel, ein Geschenk der Kirchengemeinde, wurde dem Greis überreicht. Herzliche Glückwünsche der Kirchenverwaltungsorgane gaben der Feier den würdigen Abschluß.

Nach einer Verordnung des Stadtpräsidenten beträgt ab 3. April der Preis für 1 Kilo Brot aus 65prozentigem Roggenmehl 0,34 Zloty.

o. Margonin, 3. April. Vor einigen Tagen brannte auf dem Dominium Siebenhöfchen ein Einwohnerstall nieder. Etliche Schweine und Hühner der Einwohner wurden ein Raub der Flammen, da Rettung nicht mehr möglich war. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

§ Posen, 3. April. In den Anlagen am Teatr Wielki wurde gestern der 30jährige Landwirt Wladyslaw Kapelski aus der Gzieslawstraße 17 erschossen aufgefunden. Er hatte aus unbekannter Ursache Selbstmord verübt.

In selbstmörderischer Absicht taumelte eine betrunkene Dirne in die Warte. Sie wurde jedoch von einem Vorübergehenden aus den kühlen Pluten herausgeholt und zu ihrer eigenen Sicherheit von der Polizei in Schutzhaft genommen.

Bei einer Sportvorführung auf dem Artillerie-Übungsplatz brach der in der fr. Hallmannstraße 24 wohnhafte Kasimir Rybarzki ein Bein.

Aus ihrer elterlichen Wohnung Breslaustraße 1 ist die 15jährige Marysiela Brycka seit dem 27. v. M. spurlos verschwunden.

Der Breitestraße 2 wohnhafte Gabriel Sochanowski wurde von drei Männern überfallen und verprügelt. Bei der Gelegenheit wurde er um seine Barschaft von 430 Zloty beraubt.

Bei einem Einbruch in die Wohnung einer Petronella Madaj, Al. Gerberstraße 6, wurden ein Tischbein, eine goldene Uhr, zwei goldene Ringe und Wäschebeute im Gesamtwerte von etwa 500 Zloty gestohlen.

* Znin, 3. April. In Tonndorf, Kreis Znin, befindet sich seit 83 Jahren ein evangelisches Siechenhaus, das in der Hauptsache alte und kranke Männer aufnimmt. Jahrelang hat über dem Hause das Damoklesschwert der Enteignung auf dem Wege der Liquidation geschwebt. Seit etwa zwei Jahren scheint aber der Besitz des Hauses, das dem Verein für Siechenpflege gehört, wieder gesichert zu sein. Das Haus, das im Park eines Restgutes sehr schön gelegen ist, hat augenblicklich 31 Pflöglinge, meist alte und arbeitsunfähige Menschen, aber auch einige jüngere, unheilbare Kranke und Sieche. Die meisten Pflöglinge zahlen nur einen sehr geringen Pflegeatz, so daß auch dieses Werk der Inneren Mission auf die Hilfe der tatkräftigen Diebe angewiesen ist.

Wegen Beleidigung des Marichalls Pilsudski drei Monate Arrest.

Bromberg, 2. April. Der verantwortliche Redakteur der „Gazeta Wydziosa“, Kazimierz Matyska, hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts als Appellationsinstanz wegen Beleidigung des Marichalls Pilsudski zu verantworten. M. wurde wegen dieser Beleidigung vom hiesigen Kreisgericht am 25. Januar d. J. zu drei Monaten Arrest verurteilt. Das Urteil wurde jetzt vom Bezirksgericht bestätigt.

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 4. April 1933.

Araun — 2,72, Zawidz — 1,24, Warchau — 1,21, Błoc — 1,60, Thorn — 1,99, Fordon — 2,00, Culm — 1,95, Graubenz — 2,24, Rurzebrat — 2,39, Bielel — 1,93, Dirschau — 1,96, Einlage — 2,58, Schleusenhort — 2,68.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Maria Seyke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prągodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 79

Bromberg, Mittwoch den 5. April 1933.

Pommerellen.

4. April.

Der Friedhof von Altvorwerk.

In Nr. 52 unseres Blattes vom 4. März d. J. veröffentlichten wir das Schreiben, das der Friedhofsvorstand im Namen der evangelischen Bewohner von Dönin, Engelsburg, Plement und Altvorwerk an das Starostwo in Graudenz gerichtet hat. Vom Pommerellischen Wojewodschaftsamt erhalten wir folgende Berichtigung unter Berufung auf das Pressegesetz und mit der Bitte um Veröffentlichung in deutscher Sprache:

Berichtigung.

Im Zusammenhang mit der Notiz „Der Friedhof von Altvorwerk“, veröffentlicht in Nr. 52 der „Deutschen Rundschau“, stellt das Pommerellische Wojewodschaftsamt fest:

Der Friedhof in Altvorwerk ist nicht Eigentum der Evangelischen Kirchengemeinde, wie man das aus dem Inhalt der erwähnten Notiz annehmen könnte, sondern stellt Gemeindegut dar. Die Friedhofsverwaltung und die Instandhaltung untersteht somit vor allen Dingen dem Gemeinderat bzw. dem Gemeindevorsteher.

Unwahr ist bei einem solchen Stand der Dinge die Behauptung, als wenn im Auftrage des Gemeindevorstehers einige Leute auf dem Friedhof „eingebrochen“ wären, als wenn diese Leute von den Bäumen alle Zweige abgeknippt, damit die Bäume vernichtet und die Zweige „geraubt“ hätten.

Wahr dagegen ist, daß der Gemeindevorsteher, der im Namen der Gemeinde als der Besitzer des Friedhofes gehandelt hat, die Entfernung der unteren Äste bei den Friedhofsbäumen anordnete, daß diese legale Anordnung des Gemeindevorstehers durch die dazu bestimmten Leute ausgeführt wurde, und daß das auf diese Weise gewonnene Holz vom Friedhof abgefahren und an die Armen der Gemeinde verteilt wurde.

Für den Wojewoden:

R. Walewski.

Graudenz (Grudziadz).

Vor ausländischen Darlehnschwindlern

wird amtlich im Kreisblatt des Landkreises gewarnt. Die Reklame geschieht durch Versendung von Prospekten, Zinsrate und Agenten. Es wird die Gewährung langfristiger Darlehen zu günstigen Bedingungen versprochen, allerdings gegen vorherige Entrichtung, manchmal recht bedeutender angeblicher Verwaltungskosten oder als angebliche „Bürgschaft“ bezeichneter Beträge. Einige der Vermittler sind zugleich Versicherungsagenten und veranlassen Reflektanten zum Abschluß von Versicherungsverträgen in ausländischen Gesellschaften. Die Policen werden dann als eine der notwendigen Darlehnsbedingungen bezeichnet. Da auch in der hiesigen Gegend schon Darlehnsuchende durch das Treiben solcher Kreditoffertierenden materiellen Schaden erlitten haben, warnt die genannte amtliche Stelle auf das Nachdrücklichste davor, sich mit derartigen Leuten überhaupt einzulassen.

× **Submission.** Die Stadtgemeinde Graudenz hat die Verpachtung der Reklameflächen ausgeschrieben. Verschlüsselte Offerten sind bis zum 11. d. M., mittags 12 Uhr, Zimmer 320, einzureichen. Dasselbst sind die Pachtbedingungen zur Einsicht ausgelegt.

× **Der Meldepflicht nachkommen!** Zuständigerseits ist auf Grund von Beobachtungen die Feststellung gemacht worden, daß in Graudenz eine ganze Anzahl Meldepflichtiger nicht oder nicht rechtzeitig den Bestimmungen der neuen Meldeordnung entspricht. Manche unterlassenen Meldungen sollen die Ursache darin haben, daß sich der Meldepflichtige weigert, den z. B. von einem Untermieter ausgefüllten Fragebogen zu unterschreiben, weil man dem betr. Untermieter das Recht abspricht, in dem Hause Aufenthalt zu nehmen. Es bedarf wohl kaum eines Hinweises darauf, daß die Anmeldung einer solchen Person in jedem Falle zu geschähen hat, also ohne Rücksicht darauf, ob ihr Verbleiben in dem Hause berechtigt ist oder nicht. Hierüber zu entscheiden, steht ja der Rechtsweg offen. Die Anmeldepflicht wird durch das Vorhandensein einer derartigen Zweifels- oder Streitfrage keineswegs berührt. Deshalb sollte man, um sich nicht möglicherweise empfindlicher Bestrafung auszusetzen, in jedem Falle die vorgeschriebene Anmeldung zuziehender Personen ungehäut vornehmen.

× **Die Hundesperreverordnung** wird, wie vorgekommene Fälle dartun, nicht von jedermann strikt befolgt. Wiederholt haben Polizeibeamte Besitzer von mankforlos frei umherlaufenden Hunden strafnotieren müssen. Darum sei hiermit warnend auf die Einhaltung der polizeilichen Anordnung in Sachen der Festlegung usw. der Hunde und Rufen hingewiesen.

Ein blutiger Konflikt, der den Tod eines jungen Menschen zur Folge hatte, ereignete sich dieser Tage in Dönin, Kreis Graudenz. Dort wurden der 19-jährige Wladislaw Majewski und sein Vetter, beide wohnhaft in Plement (Plemiet), Kreis Graudenz, von fünf jungen Leuten überfallen. Bei der sich entspinneenden Schlägerei zog Majewski sein Taschmesser und versetzte einem der Angreifer, dem ebenfalls 19-jährigen Bernard Zakocki aus Dönin, einen Stich in die Brust, der die Lunge durchbohrte. Der Schwerverletzte stürzte bewußtlos zu Boden und nach einigen Minuten später seinen Geist auf. An die Stelle der Bluttat kam schnellig herbeigerufene Polizei und leitete eine Untersuchung ein. Nach den bisherigen Ermittlungen besteht die begründete Annahme, daß Majewski in Notwehr gehandelt hat.

× **Das erste diesjährige Fußballspiel des Sportklubs Graudenz (SCG),** und zwar mit „Olympia“, fand Sonntag nachmittag auf dem Platze an der Goethe-Schule statt. Es endete mit 1:2 zugunsten von „Olympia“. Im Vorspiel der zweiten Mannschaften war das Ergebnis unentschieden (1:1).

× **Anforderung zur eventuellen Einspruchserhebung.** Der Magistrat (Abteilung 5, Bauamt) gibt bekannt: Frau Maria Wackawka beabsichtigt, auf der Parzelle Pilschkestraße 21/22, Grundbuch Band 78, Kartenblatt 187, eine

Tischlerwerkstatt mit elektrischem Betriebe zu errichten. Interessierte Personen haben das Recht, innerhalb acht Tagen (vom 31. 3. d. J. ab gerechnet) gegen den geplanten Bau beim Städtischen Bauamt Einspruch zu erheben.

× **Ein heftiger Zweikampf** entwickelte sich am Sonntag zwischen Wladislaw Chudziński und Bernhard Sieczka. Sieczka erhielt dabei einige Verletzungen, infolge deren er nach dem Krankenhause geführt werden mußte. Die Verwundungen sind zum Glück nicht allzu ernster Art.

× **Einbruch ins Gerichtsgebäude.** Epibuben stiegen dem Gerichtsgebäude, Amtsstraße (Budkiewicza), einen nächtlichen Besuch ab und stahlen eine Anzahl gerichtlich aufbewahrter Gegenstände. Wieviel gestohlen worden ist, war bis zur Zeit noch nicht genau festgestellt.

× **Fahrraddiebstähle.** Dem Landwirt Adolf Schlaß in Siezapanken (Siezapanki), Kreis Graudenz, sowie dem Landwirt Marjan Bordański in Neudorf (Nowawies) bei Graudenz sind aus dem Korridor des Urzad Ekarbowy bzw. von der Pohlmannstraße (Mickiewicza) ihre Fahrräder entwendet worden. Die Räder haben einen Wert von 120 und 150 Zloty.

Thorn (Torun).

Wenn man Pech hat!

Arges Mißgeschick ist einem Kaufmann auf der Bromberger Vorstadt passiert. In einer der letzten Nächte wurde er bestohlen. Durch die Alarmschelle geweckt, konnte er die Diebe zwar bei der Arbeit stören und verschrecken, immerhin hatten sie aber doch Zeit genug gehabt, um Waren im Werte von über 150 Zloty mitgehen zu lassen. Als nun am Morgen darauf der Kaufmann auf dem nahen Polizeibureau den Vorfall meldete, sah er dort eine recht bedrückt erscheinende Person auf einer Bank neben dem Beamten sitzen. Es war ein „Leidensgefährte“, dem in derselben Nacht anscheinend dieselben Täter argen Schaden zugefügt hatten und der auch gerade den Diebstahl gemeldet hatte, wovon aber der Kaufmann nichts wußte. Als nun der Beamte diesen in seiner Meldung mit den Worten unterbrach: „Wir wissen schon, dieser...“ und dabei zugleich auf den völlig geknickt Dastehenden zeigte, glaubte der Kaufmann, einen der gefaschten Diebe vor sich zu haben und ehe der Beamte es zu verhindern mochte und eine Aufklärung zu geben Zeit hatte, versetzte der Kaufmann dem anderen ein paar Maulschellen, die „nicht von schlechten Eltern“ gewesen sein dürften. Der Geschlagene, auf solche „Bearbeitung“ nicht vorbereitet, fiel gleich von der Bank, bis der Beamte dazwischen trat und der Szene ein Ende machte. Aber der hinfende Bote kommt nach: der Geschlagene will von einer ihm angebotenen Entschädigung nichts wissen und lehnt jede ihm gebotene Genugtuung ab; es soll das Gericht entscheiden. — Ein Unglück kommt selten allein!

× **Der Wasserstand der Weichsel** erfährt gegen den Vortag eine Abnahme um 8 Zentimeter und betrug Montag früh bei Thorn 2,08 Meter über Normal.

× **Öffentliche Ausschreibung.** Der Magistrat der Stadt Thorn hat die Arbeiten zum Umbau und zur Instandsetzung der Dächer der Ausstellungshallen am Ziegeleipark zu vergeben. Offertformulare sind gegen Zahlung von 3 Zloty im Technischen Bauamt, Zimmer 44, erhältlich, daselbst sind die Offerten bis spätestens 19. April 1933, 12 Uhr, einzureichen. Das Recht der freien Auswahl der Bewerber bleibt vorbehalten.

× **Der Magistrat der Stadt Thorn** bittet die Einwohner um sofortige Anmeldung der freien möblierten Zimmer für die Unterbringung der Beamten der Eisenbahndirektion. Anmeldungen mit Angabe des Preises und der Beschaffenheit des Zimmers sind an das Präsidialbureau, Rathaus, Zimmer 20, zu richten.

× **Sein 25-jähriges Dienstjubiläum** als Bankvorstand bei der Vereinsbank Thorn beging am 1. April Herr Bernhard Anbuhl. Um 8 Uhr morgens hatten sich im Direktionszimmer die Direktion sowie sämtliche Beamten und Angestellten der Bank versammelt, um den Jubililar unter Überreichung schöner Blumenpenden zu ehren und zu beglückwünschen, wofür er mit bewegten Worten seinen Dank ausdrückte. Im Laufe des Tages liefen viele weitere Glückwünsche ein.

× **Ein Rußbrand** entstand Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr im Schornstein des Hauses Vaderstraße (ul. Lazienna) 19, Besitzer Heinrich Jablonski-Berlin. Da die Feuerwehr den Brand im Entstehen löschen konnte, ist kein Schaden verursacht worden.

× **Wegen öffentlicher Geringschätzung des Polnischen Staates** wurde am Sonnabend wiederum ein Verfahren eingeleitet und zwar gegen einen in der Seglerstraße (ul. Zeglarska) wohnhaften, 61 Jahre alten Herrn, der gleichfalls der Staatsanwaltschaft zur Disposition gestellt wurde.

× **Der Polizeibericht** vom Sonnabend und Sonntag verzeichnet neben einem kleinen Diebstahl neun Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine Zuwiderhandlung gegen handels-administrative Bestimmungen, einen Verstoß gegen die Meldeordnung, einen Fall von Sachbeschädigung und die Beleidigung eines Schuhmachers im Dienst. — Festgenommen wurden je eine vom hiesigen Burggericht und von der Kriminalpolizei in Bromberg gesuchte Person, ein Droschkenauffahrer wegen unvorsichtiger Fahrt auf der Eisenbahnbrücke, sowie vier Personen wegen Übertretung sittenpolizeilicher Bestimmungen. Wegen Trunkenheit wurden nicht weniger als neun Personen zur Wache gebracht.

Vereine, Veranstaltungen

und besondere Nachrichten.

Seute, Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Dt. Heim: Jubiläumskonzert nebst geselligem Beisammensein, bei dem die 14 Herren starke Orchesterabteilung alte und neue Tanzweisen spielt. (Geschlossene Gesellschaft.) Abendkasse ab 7 1/2 Uhr. (8318)

af Briesen (Wabrzejno), 2. April. Auf der hiesigen Tagung des Thorer Bezirksgerichts wurde J. Panter aus Chelmonir wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — J. Rybicki und A. Luczak, die durch Unachtsamkeit den Tod eines fünfjährigen Kindes verschuldet hatten, erhielten ebenfalls je

Gegen Bakterien im Munde und zur Erfrischung nimmt man in der ganzen Welt ODOL



ODOL ist ein konzentriertes Mundwasser, wenige Tropfen genügen. ODOL ist daher sparsam und billig.

sechs Monate Gefängnis. — Ein tätlicher Überfall auf ihren Inspektor brachte dem Gutsarbeiter W. Ciecielski aus Alt-Zielen ein Jahr, dem J. und J. Ciecielski je neun Monate Gefängnis ein. — Postexpedit J. Goryński wurde für Unterschlagung ihm anvertrauter Gelder sowie für Dokumentenfälschung mit sieben Monaten Gefängnis bedacht. — Eine fünfköpfige Diebesbande wurde mit Gefängnis von 8–16 Monaten bestraft.

d. Gdingen (Gdynia), 3. April. Drei Unglücksfälle ereigneten sich heute im Hafen. Der Eisenbahnbeamte Leo Wenta wurde beim Rangieren von einem Kran erfasst und schwer verletzt. In besinnungslosem Zustande brachte man den Unglücklichen ins Krankenhaus. Der Arbeiter der Reisschälanstalt Josef Dettlaff wurde durch eine auf ihn herunterfallende schwere Last lebensgefährlich verletzt. Durch eigene Unvorsichtigkeit fiel der stellungslose B. Grenzkow im Hafen ins Meer, wobei er sich erheblich verletzte. Herbeigeeilten Matrosen gelang es, den schon Ertrinkenden zu retten.

Bestohlen wurde von bisher unermittelten Dieben Josef Szarmach. Die Täter, die mittels Nachschlüssels ins Innere der Wohnung gelangten, stahlen Wäsche, zwei Anzüge und anderes im Gesamtwerte von 550 Zloty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Das Regierungskommissariat hat neue Höchstpreise festgelegt: Für ein Kilo 65proz. Roggenbrot 0,35, und für eine 55 Gramm schwere Semmel 0,05.

Zu einem Autounfall kam es heute auf dem Kaschubischen Markte. Ein Lieferwagen fuhr so heftig gegen die Autotaxe Nr. 16, daß diese gänzlich zertrümmert wurde. Die Insassen kamen mit unerheblichen Verletzungen davon.

Von seinem Untermieter bestohlen wurde der Tischler Joh. Dejna. Als er morgens erwachte, war der Untermieter spurlos verschwunden unter Mitnahme von 2 Anzügen und etwa 130 Zloty.

tz Konig (Chojnice), 3. April. Im Bahnhofshotel wurde gestern Abend das Preisfesten beendet. Die Veranstaltung hatte großen Zuspruch gefunden. Es wurden durchweg glänzende Resultate erzielt. Da zwei Herren 45 erzielt hatten, mußte das Los entschieden. Den ersten Preis erhielt Herr Troda, den zweiten Herr Ziemann, beide vom Klub Baltys, den dritten Preis mit 44 Punkten erzielte Herr Pahl, den vierten mit der gleichen Punktzahl Herr Vincent Brzezinski, beide vom Regellklub „Roter Fes“. Dann folgten die Herren Smacki, Tuszynski, Goralewski, Tuzel und Sellmer mit je 43 Punkten, Jaler, Kondziela, Bekowski und Wisniewski mit je 42 Punkten. Nach der Preisverteilung fand noch ein gemütliches Beisammensein statt, bei dem der Vorsitzende von „Roten Fes“, Herr Steinhilber, eine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache hielt.

c Münsterwalde (Opalenie) 3. April. Eingebrochen wurde in der Nacht zum Freitag nicht weniger als an drei Stellen. Dem Fleischermeister Jacoby wurde das Fleisch von zwei Schweinen und eine größere Menge Schmalz gestohlen. Die Diebe hatten die eisernen Sicherungen vor dem Fenster des Schlachthauses ausgebrochen und waren dann eingestiegen. Der Schaden beträgt 300 Zloty. In derselben Nacht wurden den Nachbarn des Jacoby, Glominski und Kosiowski, 10 bzw. 5 Fühner gestohlen. Es handelt sich anscheinend um dieselben Diebe.

w Soldau (Szaldowo), 3. April. Durch Feuer vernichtet wurde ein Schöber von 24 zweispännigen Fuhren. Roggen Inhalt des Abbaubestehers Meczynski in Heinrichsdorf (Plosnica) hiesigen Kreises. M. erleidet einen Schaden von ca. 1000 Zloty. Es liegt Brandstiftung vor.

a Schwes (Swiecie), 3. April. Der letzte Wochenmarkt wies eine recht reichliche Belieferung auf. Der Preis für Butter schwankte zwischen 1,30–1,50 pro Pfund, für Eier zwischen 0,80–1,00 pro Mandel. An frischen Gemüsen waren Spinat, Schnittlauch und Salat zu haben. Der Schweinemarkt war sehr reichlich beliefert. Man verlangte für kleine Absackerfel 30–35 Zloty, für ältere, bessere Ware 40–45 Zloty pro Paar.

Kleine Rundschau.

Schwerer Verkehrsunfall in Neukölln.

Berlin, 3. April. In den frühen Morgenstunden des Sonntags kam es in Neukölln zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Lastauto, das mit Mitgliedern der deutschen nationalen Kampfront besetzt war. Dabei wurden zehn Kampfbundleute erheblich verletzt, zwei von ihnen so schwer, daß sie noch jetzt im Neuköllner Krankenhaus daniederliegen. Auch ein Fahrgast der Straßenbahn trug Verletzungen davon.

Der Konflikt der Danziger Regierung mit den Nationalsozialisten.

(Von unserm Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 3. April.

Der Danziger Senat hat dem Danziger Volkstag den Entwurf eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Staate zugehen lassen, das sich anschließt an das entsprechende Gesetz im Reich und alle Macht in die Hände der Regierung legt. Artikel I bestimmt, daß für die Geltungsdauer dieses Gesetzes die Verfassung geändert wird:

1. Gesetze können danach außer dem in der Verfassung vorgesehenen Verfahren auch durch den Senat beschlossen werden und zwar auch bezüglich der Feststellung des Staatshaushaltsplanes, der Aufnahme von Anleihen, der Einführung von Monopolen und Erteilung von Privilegien, der Veränderung der Grenzen der Kommunalverbände, des Erlasses von Strafen und des Abschusses von Verträgen mit anderen Staaten, wofür der Artikel 45 ein Gesetz für erforderlich bestimmt. Ein Gesetz aber kommt nach Artikel 43 der Verfassung bisher zustande durch übereinstimmenden Beschluß von Volkstag und Senat.

2. Die vom Senat beschlossenen Gesetze können von der Verfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Senats, des Finanzrats und des Volkstages als solche zum Gegenstand haben. Diese Vorschriften soll keine Anwendung finden auf die Artikel der Verfassung, die die Rechtspflege betreffen, wonach Ausnahmegerichte unstatthaft sind und in denen Verfassung und Zuständigkeit der Gerichte, Amtseinführung und -Enthebung der Richter geregelt werden; ferner auf die Artikel, die die Rechte der Beamten regeln, ferner auf die Bestimmungen über Religion und Religionsgesellschaften, in denen n. a. die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern unabhängig von dem religiösen Bekenntnis garantiert werden. Auch die Bestimmungen über Bildung und Schule, wonach die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre frei sind, werden aufgeführt unter den Artikeln, auf die die Vorschrift unter 2 keine Anwendung finden.

Die Befugnisse des Völkerbundes bleiben unberührt, wonach Änderungen der Verfassung — also auch dieses Gesetz — erst in Kraft treten, wenn er keine Einwände erhebt.

3. Volksentscheide sollen nach dem Gesetzentwurf nur auf Verlangen des Senats stattfinden.

4. Der Volkstag soll auf Veranlassung seines Präsidenten zusammentreten; er muß berufen werden, wenn der Senat es verlangt oder wenigstens 2/3 der Mitglieder unter Darlegung des Zwecks es schriftlich beantragen. Die Berufung des Volkstages hat zu unterbleiben, wenn der Senat es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verlangt.

5. Der Senat bestimmt den Zeitpunkt, an dem Neuwahlen des Volkstages stattfinden.

6. Ein Mitglied des Senats scheidet aus dem Amt auch durch Beschluß des Senats. Ein Mitglied, dessen Ausscheiden beantragt ist, darf sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Ein wirksamer Beschluß des Senats über das Ausscheiden eines Mitgliedes liegt nicht vor, wenn bei der Abstimmung über das Ausscheiden zwei Mitglieder widersprechen.

Artikel II fest, daß Bestimmungen der Verfassung, die den vorstehenden Punkten entgegenstehen, für die Geltungsdauer dieses Gesetzes außer Kraft gesetzt werden, das betrifft vor allem die Bestimmungen über Wahl, Auflösung und Berufung des Volkstages und sein Ausführsrecht über alle Staatsangelegenheiten, ferner über die Abhängigkeit des Senats vom Vertrauen des Volkstages, die Vorschriften über die Einbringung von Gesetzesvorlagen, den Volksentscheid und über das Zustandekommen einer Verfassungsänderung.

Artikel III fest, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft und befristet es bis zum 1. April 1937, wenn es nicht vorher vom Senat aufgehoben wird. Es tritt ferner außer Kraft, wenn der gegenwärtige Senat durch einen andern abgelöst wird.

In einer Pressekonferenz hat die Regierung zur Begründung dieses Schrittes

eine amtliche Erklärung

den Vertretern der Presse übermittelt, in der zunächst gesagt ist, wie es zum Scheitern der Verhandlungen mit der NSDAP über die Regierungsneubildung kam und in der dieses Scheitern sehr bedauert wird. Es wurde dann weiter gesagt:

„Die Regierungsparteien haben wiederholt und bis zuletzt erklärt, daß sie den ernststen und aufrichtigsten Willen haben, mit der NSDAP zusammen die Regierung zu bilden. Es handelt sich um

einen folgen schweren Konflikt

der Regierungsparteien mit der NSDAP. Die Senatoren haben ebenso wie der Präsident des Senats gebeten, die Entscheidung ohne Rücksicht auf ihre Person zu treffen. Für die Regierungsparteien sind rein sachliche Gründe und die Rücksicht auf das Wohl des Staates maßgebend gewesen.

Die Möglichkeit, eine andere Regierung zu bilden, besteht jetzt nicht mehr.

Eine Regierung nach links kommt nicht in Betracht, ebenso nicht eine Regierung mit stillschweigender Unterstützung der SPD. Die Regierung hat aber die Pflicht, die Geschäfte weiter zu führen. Sie ist dazu nur in der Lage, wenn ihr vom Parlament die nötigen Vollmachten gegeben werden, daß sie die Regierung kraftvoll und unabhängig führen kann. Die Regierung ist daher an den Volkstag herantreten und hat von ihm weitgehende Vollmachten gefordert.

Es wird dann weiter dargelegt, daß das Gesetz

am Freitag im Volkstag zur Beratung

kommt und daß es wegen seines verfassungsändernden Charakters eine 2/3 Mehrheit erfordert. Die Regierung wendet sich dann an alle Mitglieder des Volkstages, denen das Wohl des Staates über Parteinteresse gehe, daß sie der Not der Zeit und der besonderen Lage sich bewußt seien. Es heißt dann weiter:

In dieser Zeit der Unruhe kann

nur eine Regierung ohne parlamentarische Bindung

diejenigen Beschlüsse fassen, welche die Freie Stadt Danzig über die Gefahren hinweg führt, welche ihr von innen und außen drohen. Es schweben lebenswichtige Streitfälle mit Polen, die ihrer Erledigung in Kürze entgegengeführt werden müssen.

Die allgemeine politische Lage im Osten Europas ist derart, daß die Freie Stadt Danzig Partei-hader und Zwist und Parteiverheerung nicht vertragen kann, Unruhen können für Danzigs Geschick und seine Bevölkerung schwere Gefährdung herbeiführen. Absolute Ruhe und Sicherheit sind in der Freien Stadt Danzig die Vorbedingung für die Erhaltung ihrer Selbstständigkeit und Freiheit. Jede Störung der Ordnung kann Danzig schwerste Gefahren bringen.

Aus diesen Gründen glaubt der Senat, solange es irgend möglich ist, auch Neuwahlen vermeiden zu müssen; da Neuwahlen erfahrungsgemäß die parteipolitische Leidenschaft erhitzen, die Störungen der Ordnung herbeiführen können.

Auf folgende Gesichtspunkte muß besonders hingewiesen werden. Wenn die Regierung die verlangten Vollmachten erhält, so wird sie keine von einer Partei unterstützte oder tolerierte Regierung sein. Die Parteien entkleiden sich in diesem Falle weitgehendst ihrer eigenen Rechte und legen sie in die Hand der Regierung, in dem Vertrauen, daß die Regierung, wie sie es bereits bewiesen hat, ihre Geschäfte führt mit Gerechtigkeit, Umsicht und fester Energie. Die Regierung beabsichtigt insbesondere in keiner Weise der Entwicklung der nationalen Bewegung entgegenzutreten, wie sie im Deutschen Reich sich machtvoll durchgesetzt hat. Der von dieser Bewegung ausgehenden geistigen Strömung wird die friedliche Entwicklung gewährleistet. Ebenso wie Danzig als ein Land mit deutscher Bevölkerung sich der geistigen Bewegung im großen Mutterland nicht entziehen kann, ebenso muß in Danzig vermieden werden, daß die Bewegung in Danzig mit Mitteln propagiert wird,

Der Tag der Flotte in Wilhelmshaven.

Am Geburtstag des Reichsgründers hatte Kiel seinen großen Tag: Die feierliche Indienststellung des Panzerschiffes „Deutschland“ und der Stapellauf des Panzerschiffes B wurden festlich begangen.

Bei der Indienststellung der Deutschland hielt der Kommandant, Kapitän zur See von Fischele, eine Ansprache, in der er auf die besondere Weihe hinwies, die dieser Tag aufwies.

Es sei nun das vierte Schiff der deutschen Marine, das den stolzen Namen „Deutschland“ trage. Die erste „Deutschland“ wurde 1848 von Hamburger Reedern unter dem Druck der dänischen Blockade geschaffen. Diese schmucke Segelfregatte wurde dann in die unglückliche deutsche Bundesmarine eingereiht, die schon 1852 unter dem Hammer des Auktionsmeisters Hannibal Fischer ein ruhmloses Ende fand. Als Bismarcks Werk vollendet, das Reich gegründet war, mußte es Seegelung gewinnen. Die Panzerfregatte, die dann als zweite den Namen „Deutschland“ erhielt, wurde noch auf britischen Werften gebaut, da die deutschen damals noch nicht leistungsfähig genug waren. Sie trug in den Jahren 1891 und 1892 den Prinzen Heinrich nach Ostasien und hat stolzen Anteil an der Erwerbung des deutschen Kolonialreiches.

Auch die dritte „Deutschland“, das Linienschiff, das der ganzen Klasse den Namen gegeben, trug den Prinzen und Großadmirals Flagge, als er an der Spitze eines der stolzen Geschwader der mächtigen Kaiserlichen Marine stand. Sie warf sich in der siegreichen Skagerrakschlacht als Flaggschiff des zweiten Geschwaders tapfer in den Kampf gegen die englische Übermacht, als es galt, die schwerbedrängten Schlachtfreuzer zu decken.

Aber trotz Not und Schmach begann die junge Reichsmarine schon bald mit dem Wiederaufbau. Nachdem zuerst kleinere Einheiten gebaut worden waren, ging man nach reiflicher Überlegung und manchen Kämpfen schließlich an den Versuch der überalterten Linienschiffe heran. Der erste dieser Neubauten soll nun heute seinen Dienst in der Flotte aufnehmen. Gindenburg, der Oberbefehlshaber und Reichspräsident, befahl, daß dieses neue, herrliche Schiff den Namen „Deutschland“ trage. Es ist ein Symbol deutschen Schicksals geworden. Zwar ist auch ihm noch der Stempel des Versailler Diktats aufgedrückt, aber trotzdem hat man verstanden, ein Wunderwerk deutscher Technik zu schaffen.

Heute sei, rief der Kommandant aus, wieder eine große deutsche Schicksalswende eingetreten, und dank ihrem Führer, dem Kanzler, sei die Nation aufgerüttelt und habe sich auf sich selbst besonnen. Wieder seien Wehrmacht und Volk eins geworden. Ehre des Volkes sei wieder Ehre der Wehrmacht, und in diesem Bewußtsein werde die Befahrung der „Deutschland“ ihren Dienst tun, wobei sie der Befehl ihres Oberbefehlshabers und der Ruf des Vaterlandes in Frieden und Sturm stelle.

Nach der Rede des Kommandanten wird die Flagge gehißt, klingt der Präsenzmarsch, ein Hurra auf den Reichspräsidenten und das Vaterland, dann erklingt das Deutschlandlied.

Und kurze Zeit darauf erfolgte der Stapellauf des zweiten neuen Panzerschiffes. Von der Taufzange herab hielt Admiral Raeder die Festrede.

Der 1. April 1933 sei ein Tag von hoher Bedeutung für das deutsche Volk und für die deutsche Marine. Für das deutsche Volk als Geburtstag des Fürsten Bismarck, für die Marine als Tag der Indienststellung des Panzerschiffes „Deutschland“ unter der ruhmreichen Flagge schwarz-weiß-rot und des Stapellaufs dieses neuen Panzerschiffes. Wie von jeher, seit die deutsche Flagge in die Welt hinausgetragen wurde, will die Marine, in der Söhne aller deutschen Stämme. Schulter an Schulter dem Vaterland dienen, heute und in Zukunft der Schmelztiegel deutscher Einheit sein.

Aber diese neuen Panzerschiffe seien auch eine bittere ernste Mahnung für das deutsche Volk; denn sie seien unter den Beschränkungen des Versailler Diktats gebaut. Wenn die Marine der Toten und des ruhmreichen Tages

welche bei Andersdenkenden Haß erzeugen und die dem Volk die nötige Freiheit und Ruhe zu stören und dem Staat zu schaden geeignet sind. Es ist das Bestreben der Regierung, alle Teile des deutschen Volkes in dem rein-deutschen Gedanken im edelsten Sinne festzuhalten. Die Regierung wird die von ihr verlangte Vollmacht verwenden, um jeden Terror und jeden aus Parteisucht entspringenden Gewaltakt mit Energie zu zerstören. Die Regierung hat ihren deutschen nationalen Grundcharakter durch die Tat bewiesen und wird dieses Gepräge bewahren, solange sie die Geschäfte führt.“

Soweit das Gesetz! Zusammen mit der Regierungs-verlautbarung gibt es ein Bild von der zugezogenen innenpolitischen Lage. Die Stadt ist voll von Gerüchten. Man spricht von bevorstehenden oder gar schon vollzogenen Übertritten von Abgeordneten aus dem Regierungslager zur NSDAP. In Pressemeldungen wurden sogar Namen von Senatoren genannt, die aber prompt dementierten, daß sie der NSDAP angehörten. Versuchsbalkons steigen auf und plätschen. Erfreulich ist dieser Zustand nicht und es ist notwendig, daß ihm mit fester Hand ein Ende gemacht wird. Die bevorstehenden Verhandlungen im Volkstag werden sicher auch schon einzelne Klärung bringen. Darüber aber soll man sich keinem Zweifel hingeben; außenpolitisch bleibt die Front der Parteien gegenüber allen Angriffen geschlossen.

Die Regierungskoalition

in Danzig zerbrochen.

Ermächtigungsgesetz vom Senat zurückgezogen.

Danzig, 4. April. (Tel.-Union) Amlich wird mitgeteilt: „Die Fraktion des Blockes der Nationalen Sammlung (Liberalen Mitte — D. Red.) hat dem Präsidenten des Senats mitgeteilt, daß die Mehrheit des Blockes gegen das dem Volkstag vorgelegte Ermächtigungsgesetz stimmen werde. Der Senat hat daher festgestellt, daß die bisher bestehende Regierungskoalition als zerbrochen zu betrachten ist. Der Senat hat das Ermächtigungsgesetz zurückgezogen. Weitere Beschlüsse des Senats und der Regierungsparteien werden folgen.“

von Skagerrak gedenke. So sei dieser Gedanke untrennbar verbunden mit dem Namen des Führers der deutschen Flotte in der Schlacht, des Admirals Scheer. So solle denn dieses stolze Schiff, das vor uns stehe, als ein Zeugnis treuherzigen deutschen Erntens und Könnens und als bester Zeuge ungebrochenen deutschen Lebenswillens als Panzerschiff der „Rothringen“ auf Befehl des Herrn Reichspräsidenten den Namen des Siegers vom Skagerrak tragen.

Dann ließ die Tochter des heimgegangenen großen Flottenführers, dessen Namen das neue Schiff von heute an in die Welt hinaustragen soll, die Schaumweinflasche an der grauen Panzerwand zerklüften. Hell schallte die Stimme des Seemannskindes über die Behtaufende: „Ich taufe dich Admiral Scheer!“ Langsam, ganz langsam zunächst, dann immer schneller werdend, gleitet der mächtige Schiffsleib die schräge Bahn hinab und taucht den Kiel zum erstenmal in die Wogen. Hell schmettert die Musik das Deutschlandlied; aber bald wird sie erstickt von den Stimmen der Unzufriedenen, die die heilige Melodie als Gelächris unwandelbarer Treue zum Vaterland zum Himmel senden.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Graudenz.

Emil Romay
Papierhandlung
Toruńska Nr. 16
Telef. Nr. 488.
3092

Eiserne Egge
Pflug und Garten
zu verl. Droga Łąkowa 34
500
Zentr. Futterrüben
verkauft
A. Stümer, Biewiorki,
pocz. Grudziądz. 3236

Deutsche Bühne
Grudziądz G. S.
Sonntag, d. 9. April 33,
im Gemeindefaule
Anfang 19 Uhr
Schluß 21,45 Uhr
„Frauen haben
das gern.“

Beste oberösterreichische
Rohlen
zu den neuen Preisen
offer. frei Haus Sorte Ia 3 Zl — Ib 2,80 Zl
Oskar Felgenhauer
ul. Dworkowa Nr. 31. 3298

Thorn.

Umsonst !!!
1 Glasche Wein
b. Einkauf v. sämtlichen
Waren über 15 Zl (auch
Zuder) nur bei
Araczkowski
Ecke Chelmińska a. Markt
Anfängerin
ergl. sucht Stellung im
p. 15. 4. od. spät.
Büro beherbergt Poln.
u. Deutsch in Wort u.
Schrift, poln. u. dtsch.
Stenogr., Buchführ., u.
Wald. Gesl. Ang. u.
D. 1222 an Am.-Exp.
Wallis, Toruń. 3230

Gesangbücher
(alle Ausgaben)
Justus Wallis
Papierhandlung
Szeroka 34. 3200
Gold- u. Silbermünzen
kauft u. höchst. Preisen
Edmund Lewykowski,
Wallis, Toruń. 3230
Gute Vollmilch
liefert frei Haus 3241
Fr. Wunich, Rudak.

Gleichhaltung der Justiz.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium, Herrl., hat am Freitag eine Anweisung an sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten, Generalstaatsanwälte und Präsidenten der Strafvollzugsämter in Preußen erlassen, in der es u. a. heisst:

„Die Erregung des Volkes über das anmaßende Auftreten amtierender jüdischer Rechtsanwälte und jüdischer Ärzte hat Ausmaße erreicht, die dazu zwingen, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß besonders in der Zeit des berechtigten Abwehrkampfes des deutschen Volkes gegen die alljüdische Grenelpopaganda das Volk zur Selbsthilfe schreitet. Das würde eine Gefahr für die Autorität der Rechtspflege darstellen. Es muß daher Pflicht aller zuständigen Behörden sein, dafür zu sorgen, daß spätestens mit dem Beginn des von der NSDAP geleiteten Abwehrkampfes die Ursache solcher Selbsthilfsaktionen beseitigt wird.

Ist ersuche deshalb, umgehend allen amtierenden jüdischen Richtern nahezu legen, sofort ihr Urlaubsgesuch einzureichen und diesem sofort stattzugeben. Ist ersuche ferner, die Kommissorien jüdischer Messoren sofort zu widerrufen.

In allen Fällen, in denen jüdische Richter sich weigern, ihr Urlaubsgesuch einzureichen, ersuche ich, diesen kraft Hausrechts das Betreten des Gerichtsgebäudes zu untersagen. Jüdische Laienrichter (Handelsrichter, Schöffen, Geschworene, Arbeitsrichter usw.) ersuche ich nicht mehr einzuberufen. Wo etwa hierdurch die Gefahr einer Störung der Rechtspflege herbeigeführt wird, ersuche ich, sofort zu berichten. Jüdische Staatsanwälte und jüdische Beamte im Strafvollzug ersuche ich umgehend zu beurlauben.

Besondere Erregung hat das anmaßende Auftreten jüdischer Anwälte hervorgerufen, ich ersuche deshalb, mit den Anwaltskammern oder örtlichen Anwaltsvereinen oder sonstigen geeigneten Stellen noch heute zu vereinbaren, daß ab morgen früh 10 Uhr nur noch bestimmte jüdische Rechtsanwälte, und zwar in einer Verhältniszahl, die dem Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur sonstigen Bevölkerung etwa entspricht, auftreten. Die danach zum Auftreten autorisierten Rechtsanwälte ersuche ich im Einvernehmen mit dem Gaurechtsstellenleiter der NSDAP oder dem Vorsitzenden der Gaugruppe des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen auszuwählen und zu bestimmen. Wo eine Vereinbarung dieses Inhalts infolge Obstruktion der jüdischen Anwälte nicht zu erzielen ist, ersuche ich, das Betreten des Gerichtsgebäudes diesen zu verbieten.

Mir scheint es selbstverständlich zu sein, daß die Bestellung jüdischer Anwälte als Armenanwälte oder Bestellung von solchen als Pflichtverteidiger, zu Konfursverwaltern, Zwangsverwaltern usw. ab morgen 10 Uhr nicht mehr erfolgt, da solche Maßnahmen ein Vergehen gegen die Konfessionspflicht des deutschen Volkes enthalten. Aufträge zur Vertretung von Rechtsfreiheiten des Staates an jüdische Anwälte ersuche ich sofort zurückzuziehen und nichtjüdische Anwälte mit der Vertretung des Staates zu betrauen. Dabei bitte ich, mit den neuen Vertretern zu vereinbaren, daß diese die bei den bisherigen Prozessvertretern entstandenen Gebühren nicht nochmals berechnen. Meine Auffassung geht dahin, daß das Einverständnis hiermit nicht gegen die Standespflicht des Anwalts verstößt.

Beginn der Aktion in Frankfurt a. M.

Der neu ernannte nationalsozialistische Ministerialdirektor Dr. Freisler begab sich in den frühen Morgenstunden des Donnerstag in einem Sonderflugzeug im besonderen Auftrag des preussischen Justizministers nach Frankfurt a. M. In seiner Begleitung befand sich der persönliche Referent des preussischen Justizministers Dr. Sting und der Chefredakteur des Zeitungsblattes Graf Reichsch. Der besondere Auftrag Freislers ging, nach Mitteilung des Zeitungsblattes dahin, angebliche Mißstände, die sich in der letzten Zeit an den Frankfurter Gerichten eingestellt hätten, zu beseitigen. Auf einer nationalsozialistischen Kundgebung auf dem Römerberg vor dem Rathaus, an der etwa 15 000 Menschen teilnahmen, hielt der Beauftragte des preussischen Justizministers eine Rede, in der er die Gleichhaltung der Justiz in Preußen mit der politischen Neuordnung und den Beginn einer großen Säuberungsaktion ankündigte. Wirklich fuhr er fort: Wir wollen wieder ein deutsches Recht, das vom Volke verstanden wird und das im Interesse des deutschen Volkes richtet. Neben dem Recht des Paragraphen gibt es ein höheres Recht.

Nach der Kundgebung begab sich Dr. Freisler auf den Hof des Oberlandesgerichtes, auf dem sich alle an den Frankfurter Gerichten tätigen Beamten und Angestellten eingefunden hatten. Ministerialdirektor Freisler führte hier vor den Beamten und Angestellten der Justizverwaltung aus, daß er im persönlichen Auftrage des Justizministers vor ihnen stehe und daß der Zweck seines Kommens der sei, im Namen des preussischen Justizministers zu erklären, daß die preussische Justiz auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt werde. Es müsse eine untrennbare Einheit aller Arbeiter am deutschen Recht geschaffen werden. Eine solche grundlegende Umwälzung könne sich selbstverständlich nicht in wenigen Tagen vollziehen, um so weniger, als die Revolution des Nationalismus einem Jahrhundert ihren Stempel aufdrücken wolle. Der deutsche Richter müsse einsehen, daß es keine Objektivität an sich gebe, und daß eine falsch angewandte Objektivität sich leicht gegen das Volk richten könne!

Im Anschluß an seine Rede begab sich Ministerialdirektor Freisler mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten in dessen Arbeitszimmer, um einige personelle Veränderungen durchzusprechen. Der Oberlandesgerichtspräsident hat daraufhin alle jüdischen Richter angefordert, ihre Beurlaubung nachzuweisen. Im Weigerungsfall wird für die betreffenden Hausverbot ausgesprochen werden. Von den zahlreichen jüdischen Anwälten, die bei den Frankfurter Gerichten zugelassen sind, wird in Zukunft nur noch eine geringe Zahl verbleiben können. Der Numerus Clausus ist damit an den Frankfurter Gerichten schon eingeführt.

„Nur dem Gesetz unterworfen!“

Eine Erklärung des Reichsgerichts.

In einem Schreiben an den Reichskanzler hat der Reichsminister der Justiz eine Entschließung des Reichsgerichts übermittelt, daß in seiner Plenarsitzung am 29. März

sich mit der Frage der Rechtspflege in dem durch die nationale Erhebung erneuerten Reich befaßt hat. Der Präsident des Reichsgerichts hat mit der Bitte der Übermittlung der Entschließung an den Reichskanzler zugleich seinen Dank dafür zum Ausdruck gebracht, daß der Reichskanzler nichtbehördliche Eingriffe in die Rechtspflege des Reichsgerichts verhindert habe. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Das Reichsgericht begrüßt es dankbar, daß der Herr Reichskanzler in der Regierungserklärung vom 23. März 1933 die richterliche Unabhängigkeit als Grundlage des Rechtswesens anerkannt hat. Nur das Bewußtsein seiner Unabhängigkeit kann dem Richter die innere Freiheit geben, deren es zur Führung seines hohen Amtes bedarf. In solcher Freiheit, nur dem Gesetz unterworfen, durch seine Urteilsfindung der Erhaltung der Volksgemeinschaft zu dienen, ist die wahre Aufgabe des Richters.

Der Mahnung des Herrn Reichskanzlers, daß „der Boden der Existenz der Justiz kein anderer sein könne als der Boden der Existenz der Nation“ und daß die Justiz daher auch „keits die Schwere der Entscheidungen derer berücksichtigen möge, die unter dem harten Zwang der Wirklichkeit das Leben der Nation verantwortlich zu gestalten haben“, wird kein deutscher Richter sich verschließen.“

Todesstrafe durch Erhängen.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe erlassen, das vom 29. März datiert und vom Reichskanzler Hitler sowie in Vertretung des Reichsjustizministers von Vizekanzler von Papen unterzeichnet ist.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Ausführungs-Bestimmungen zur Verordnung über das Waffenrecht.

In der Nr. 22 des „Dienstag Ustau“ vom 31. März dieses Jahres sind jetzt die Ausführungs-Bestimmungen des Innenministers zur Verordnung des Staatspräsidenten über das Waffenrecht vom 27. Oktober v. J. erschienen. Wir heben daraus das Nachfolgende hervor: Zum Besitz oder zum Tragen von Waffen muß die Genehmigung nach dem Muster Nr. 1, das der jetzigen Verordnung als Anlage beigelegt wird, nachgesucht werden. Zum Besitz von Waffensammlungen zu Museums-, Unterrichts- oder Gedenkwegen ist die Genehmigung nach dem Muster 2 der Anlage nachzusuchen.

Im § 5 wird bestimmt:

1. Die Genehmigung auf den Namen muß mit der eigenhändigen Unterschrift der berechtigten Person versehen werden.

2. Die Genehmigung, die auf den Vorzeiger lautet, muß mit dem Siegel der Behörde, der Institution, des Unternehmens oder der Organisation, für die sie ausgestellt ist, und mit der eigenhändigen Unterschrift der Person versehen werden, die diese Behörde, Institution, Unternehmen oder Organisation zu vertreten berechtigt ist.

3. Waffen-Genehmigungen, die den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen nicht entsprechen, sind ungültig.

§ 6. Die Waffen-Genehmigung muß auf jedes Verlangen von Sicherheits-Behörden, Organen der staatlichen Polizei, der Gendarmerie und des Grenzschutzes vorgezeigt werden.

§ 7. 1. Eine Genehmigung wird erteilt für eine Zeit, die drei Jahre nicht überschreitet. 2. Die Gültigkeitsdauer kann verlängert werden auf eine Zeit, die jedesmal drei Jahre nicht überschreitet. 3. Genehmigungen zum Besitz von Waffensammlungen können auf Widerruf erteilt werden.

Nach § 8 muß die Verlängerungs-Genehmigung vor Ablauf der alten Genehmigung nachgesucht werden.

§ 9. Personen, die sich nicht um eine Verlängerung bemühen, müssen sich des Besitzes der Waffe, der Munition und des Schießpulvers vor Ablauf dieses Termins entäußern.

§ 10. Für den Fall, daß die Waffe gestohlen wird oder verloren geht, muß die Person, der die Genehmigung erteilt worden ist, innerhalb 14 Tagen die zuständige Behörde, das ist die Kreisverwaltungsbehörde, benachrichtigen.

§ 11. Die Person, auf die die Waffe infolge des Todes oder des Verschwindens der berechtigten Person übergegangen ist, muß innerhalb 14 Tagen nach Empfang der Waffe sich derselben entäußern oder an die zuständige Kreisverwaltungsbehörde die Bitte richten, ihr die Genehmigung zum Besitz usw. der Waffe zu erteilen.

§ 22. Eine Jagdwaffe kann ohne die Erfüllung gewisser Formalitäten (die in anderen Paragraphen vorgeschrieben sind) Personen, die eine Genehmigung zum Besitz oder zum Tragen irgend einer Jagdwaffe besitzen, abgetreten werden, indessen nur für die Zeit der Jagd bei der Person oder mit der Person, die diese Waffe abgetreten hat.

In den Schlußbestimmungen wird festgesetzt: Waffen erwerben, besitzen und tragen ist ohne Genehmigung gestattet, wenn es sich um Schusswaffen jeder Art handelt, die vor dem Jahre 1850 hergestellt worden sind; weiter: Windbüchsen von höchstens Kaliber 6 Millimeter, des weiteren automatische Apparate, die ausschließlich dazu dienen, den Zutritt zu Gebäuden oder Räumen gegen den Einbruch nicht berufener Personen zu sichern, und endlich Apparate, die nur zum Schlachten von Pferden und Schlachtvieh bestimmt sind.

Der Verordnung sind Muster für die Form der Genehmigung zum Waffentragen und zum Erwerb von Munition beigelegt. Es handelt sich um Büchelchen, die nicht weniger als 21 Seiten enthalten. Ein zweites Muster ist bestimmt für die Genehmigung zum Besitz von Waffensammlungen zu Museums-, Unterrichts- oder Gedenkwegen.

Briefkasten der Redaktion.

Z. V. Nr. 50. Bei dem Kauf der Parzelle muß ein notarieller Akt abgeschlossen worden sein, denn ohne den geht es doch nicht, wenn die Parteien nicht direkt im Grundbuchamt die Eintragung erwirkt haben, was im vorliegenden Falle nicht geschehen ist, da ja eine Auflösung nicht erfolgt ist. Der Käufer muß also diesen Kaufvertrag zur Stelle schaffen, und auf Grund desselben kann er dann die Auflösung vom jetzigen Eigentümer des Grundstücks, zu

Nach Paragraph 1 dieses Gesetzes gilt Paragraph 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar auch für Taten, die in der Zeit zwischen dem 31. Januar und dem 28. Februar begangen worden sind. Paragraph 5 der Verordnung vom 28. Februar sieht die Todesstrafe für eine ganze Reihe schwerer Verbrechen vor, unter die auch die Brandstiftung im Reichstag fällt.

Paragraph 2 der Verordnung bestimmt: Wenn jemand wegen eines gegen die öffentliche Sicherheit gerichteten Verbrechens zum Tode verurteilt ist, so kann die Regierung des Reiches oder des Landes, durch deren Behörden das Urteil zu vollstrecken ist, anordnen, daß die Vollstreckung durch Erhängen erfolgt.

Damit sind die gesetzgeberischen Voraussetzungen für die vom Reichskanzler bereits in seiner Reichstagsrede angekündigte Einrichtung des Reichstagsbrandstifters van der Luebbe geschaffen worden.

Nur Deutschblütige dürfen Beamte sein.

Im Anschluß an eine große Beamten-Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld hielt Innenminister Dr. Frick eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte: Das Parteibeamtenbuch sei das Unglück geworden für die ganze öffentliche Verwaltung Deutschlands. Fremdrassige und Fremdstämmige seien in großer Zahl in das deutsche Berufsbeamtentum aufgenommen worden. Das deutsche Volk könne nur von Deutschen regiert werden. Der Minister kündigte für die nächste Woche ein Gesetz an, das vorsieht, daß nur deutschblütige Beamte Staatsautorität in Deutschland verkörpern dürfen.

dem die Parzelle gehörte, erzwingen. Der Erwerb eines Grundstückes durch Erbsen ist heute nur in dem einzigen Falle möglich, daß man im Grundbuch, wenn auch fälschlich, 30 Jahre als Eigentümer eingetragen war und das Grundstück während dieser Zeit in Eigenbesitz gehabt hat. Für Ihren Fall trifft das aber nicht zu. Falls der Betreffende die Parzelle zurückgeben möchte, ist er natürlich nicht verpflichtet, den Restbetrag von 250 Mark zu bezahlen. Die Vermehrung kann nicht durch Sie, sondern muß durch eine dazu berufene Amtsperson vorgenommen werden. Die Kosten würden derjenige zu tragen haben, der die Vermehrung verschuldet hat.

„Mieterschnitz.“ Sie können gegen den fraglichen Mieter die Exmitionsklage einreichen, denn auf ihn würden an sich die gesetzlichen Einschränkungen der Exmition, selbst wenn sie zurzeit vorhanden wären, keine Anwendung finden. Sie sind aber zurzeit überhaupt außer Kraft, denn die Verordnung des Staatspräsidenten vom 29. März 1932, auf Grund deren Arbeitslose auch in den Sommermonaten nicht exmittiert werden konnten, erlosch am 1. April 1932, sie ist also am 31. 3. 33 erloschen. Der Schutz der Arbeitslosen gegen Exmition greift erst wieder — falls die einschlägige Bestimmung nicht inzwischen aufgehoben wird —, in der kommenden Winterzeit, d. h. in der Zeit vom 1. November bis 31. März, Platz.

„Steuern.“ 1. Für rückständige Steuern Ihres verstorbenen Mannes sind die Erben haftbar, in Ihrem Falle also Sie selbst, da Sie Vorerbin sind, wie Sie auch für eventuelle andere Verpflichtungen Ihres Mannes aufzukommen haben. Damit ist natürlich nichts darüber ausgesagt, ob die Nachforderungen der Steuerbehörde berechtigt sind oder nicht. Es ist Sache der Steuerbehörde, Ihnen nachzuweisen, daß die Steuererklärungen Ihres verstorbenen Mannes seinem wirklichen Einkommen nicht entsprechen. 2. Alle Wohnungen unterliegen dem Mieterschnitzgesetz; nur diejenigen sind ausgenommen, die erst nach dem 1. Juli 1919 vollendet worden sind. Nur kann bei Wohnungen von mehr als 4 Zimmern zwischen Vermieter und Mieter ein freies Abkommen über die Höhe der Miete abgeschlossen werden, was bei Wohnungen bis einschließlich 4 Zimmer nicht zulässig ist.

Nr. 6 Kornblume. 1. Der Pachtvertrag ist nach den Vertragsbestimmungen wegen der Nichtzahlung der Pachtraten aufgelöst, und Sie brauchen ihn nicht erst zu kündigen. Zur Exmition brauchen Sie ein gerichtliches vollstreckbares Urteil. Natürlich können Sie das Armenrecht in Anspruch nehmen, wenn Sie nicht im Stande sind, die Gerichtskosten, die bekanntlich jetzt im voraus zu bezahlen sind, aufzubringen. 3. Für allen Schaden, den Sie durch die Nichterfüllung des Vertrages erleiden, können Sie sich an der Kautionschadlos halten. Denn das ist doch der Sinn der Kautions: Sie soll Sicherheit dafür bieten, daß der Vertrag erfüllt wird. 4. Exmitionsklagen sind eilige Klagen; wenn Sie die Klage bald einreichen, wird der Pächter exmittiert, bevor die Ernte reift.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 6. April.

Königsruherhausen.

06.35—08.00: Von Leipzig: Konzert. 12.00 ca.: Orchesterfeste aus Opern (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderstunde: Die Dibelums singen Kinderlieder. Wir singen mit. 16.30: Von Berlin: Unterhaltungsmusik. 17.10: Philosophische Arbeitsgemeinschaft: Reden über das Brenntum. 17.30: Tägliche Hauskonzerte. 18.00: Wir und das Ausland (I): Deutschland und Italien. 18.30: Lebende Töne. 18.55: Wetter. Anst. Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: Stunde der Nation. Alfred Hofenberg: Der deutsche Mythos. 19.00: Deutsch für Deutsche. 20.00: Unterhaltungskonzert. Kapelle Balthus. 21.20: Konzert. Kammerorchester des Deutschlandsenders. 22.20: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Rangenberg: Nachtmusik und Tanz.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 11.50: Konzert. 13.10 ca.: Konzert. 14.05: Potpourri (Schallplatten). 15.50: Das Buch des Tages. 16.10: Kinderstunde. 16.35: Von Königsberg: Konzert. 17.30: Zweiter landw. Preisbericht. Anst.: Stunde der Musik. 19.00: Stunde der Nation. 20.00: Wetter. Anst.: Golfstrom. Hörwerk von Ose. Ludwig Brandt. 21.10: Kammermusik. Manzer-Quartett.

Bönnigsberg-Danzig.

06.35—08.15: Von Leipzig: Konzert. 11.30: Von Breslau: Konzert. 13.05—14.30: Schallplatten. 15.30: Jugendstunde. 16.30: Konzert. 18.25: Landwirtschaftsfunk. 18.50: Von Danzig: Vokal- und Instrumentalfunk. Lustige Lautengesänge: Friedel Leopold. Frühe: Kurt Schlegel, Berlin. 19.00: Stunde der Nation. 19.30: Englischer Unterricht. 20.00: Frühling. Funtpourri. 22.10: Wetter, Nachrichten.

Leipzig.

06.35: Konzert. 12.00: Schallplatten. 13.15: Schallplatten. 16.00: Konzert. 19.00: Stunde der Nation. 20.00: Die schwarze Galeere. Hörspiel. 21.00: Fröhliche Reizstunde. 22.20: Nachrichten, anst.: Nachtmusik.

Marihu.

12.10: Schallplatten. 12.35—14.00: XIII. Konzert für die Schuljugend. Philharmon. Orchester; Maria-Chor. Solist: Rautowitz, Orgel. Einleitend. Vortrag: Wagner. 15.25: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.25: Reizte Musik. 20.00: Abendkonzert. Funthor. Solist: Stromberg, Klarinette. 22.15: Tanzmusik. 23.00: Tanzmusik.

Hitler-Rede am 6. April.

Die Reichsgrundfunkgesellschaft teilt mit: Der Deutsche Rundfunk überträgt auf alle Sender am Donnerstag, 6. April, um 18.15 Uhr aus dem Großen Saale des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda den politischen Empfangsabend des Berliner Verbandes der Auswärtigen Presse. Programm: Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Dr. Thum, Ansprache des Reichsministers Dr. Goebbels, Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler, Schlußansprache des Rommergenrats Dr. Krumpholtz.

Wirtschaftliche Rundschau.

Krise der polnischen Zuderindustrie. Schließung von 7 Zuderfabriken.

Polnischen Blättermeldungen zufolge sollen in der kommenden Zuckerkampagne weitere polnische Zuderfabriken geschlossen werden. Es handelt sich angeblich um folgende Fabriken: Prena, Guzów, Karcia, Dzierżysz, Sokołów, Witaszycze und die Zuderfabrik in Gnesen. Zusammen mit den in den letzten drei Jahren geschlossenen Zuderfabriken werden zu Beginn der kommenden Zuckerkampagne nur noch 75 Prozent aller polnischen Zuderfabriken den Betrieb aufnehmen. Im Zusammenhang damit erfahren wir über die Lage der polnischen Zuderindustrie noch folgendes.

Schon seit langem war die Lage der polnischen Zuderindustrie nicht so schwierig, wie augenblicklich. Die diesjährigen Verhandlungen der polnischen Zuderindustrie mit den Rübenanbauorganisationen waren sehr beschwerlich und sind durch neue ungünstige Tatsachen und Umstände für die Zuderindustrie kompliziert worden, die hauptsächlich in der kürzlichen Senkung der Zuckereinschmelzpreise und in dem weiteren Rückgang des Zuckerverbrauchs bestehen. Der fortschreitende Rückgang des Zuckerverbrauchs, der in den letzten drei Jahren 20 Prozent betrug, konnte nicht ohne Einfluss auf die Zuderproduktion und den Rübenanbau bleiben.

Eine besondere Belastung der polnischen Zuderindustrie sind die niedrigen Preise, zu denen das Produkt im Ausland abgesetzt werden muß, um überhaupt Abnehmer zu finden. Gegenwärtig ist der Preis für einen Cwt. (50,8 Kilogramm) weißen Kristallzucker auf 5 bis 5½ Schilling (100 Schilling = 1000 Zloty) gefallen. Infolge der immer stärker werdenden Konkurrenz des Rohrzuckers treiben die Exportverluste immer stärker in den Bilanzen der polnischen Zuderfabriken in Erscheinung. Die großen Hoffnungen, die auf den Abschluß der Brüsseler Übereinkunft vor zwei Jahren gesetzt wurden, welche eine allgemeine Einschränkung der Zuderproduktion für Exportzwecke betraf, haben völlig enttäuscht.

Der gleichzeitige Rückgang der inländischen Zuckerkonsumtion für die einzelnen polnischen Zuderfabriken, sowie die Notwendigkeit einer weiteren Einschränkung des höchst unrentablen Zuckereports lassen die Frage der Schließung weiterer polnischer Zuderfabriken nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Die Fabrikation vieler kleiner Zuderfabriken ist derart gefallen, daß eine rentable Betriebsführung nicht mehr möglich ist. Wie von berufener Seite bemerkt wird, dürfte aber auch die Schließung weiterer Betriebe der Zuderindustrie eine baldige Besserung der Lage in diesem Industriezweig kaum erwarten lassen.

Die in den letzten beiden Jahren mehr und mehr sich zuspitzende Lage der Zuderindustrie Polens ruft schwere Bedenken hervor. Allein aus dem Grunde, daß sie eine der wirtschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft Polens ist, gebietet ihr in der gesamten Volkswirtschaft Polens eine besondere Rolle. Sie wird ein Opfer der Weltmarktlage, der Konkurrenzbestrebungen Polens und aller anderen Länder und der sich daraus ergebenden Exportschwierigkeiten, sie ist aber ebenso ein Opfer der internationalen Zuckerkonstellation (des Gabbourne-Planes) und nicht zuletzt der Preispolitik am Inlandsmarkt. Es sei hier besonders auf diese letzte Frage hingewiesen. Die Regierung hat im Kampf um die Inlandpreise den ersten Anstoß gegen den Zuckereport der Vereinigten Zuderfabriken Polens unternommen. Wäre diese Maßnahme nicht so isoliert von allen anderen Preislenkungsmaßnahmen, die wesentlich später und wesentlich langsamer erfolgt sind, vorgenommen worden, dann wären die Verluste, die teils auf die Schultern der Zuderindustrie, teils aber auf die Schultern der Zuckerrübenbauern gelegt worden sind, nicht so fühlbar geworden. Die Preislenkungsaktion, die von der richtigen Voraussetzung der Übertreibung der Kartellpreise ausging, wäre erfolgreich gewesen, wenn es gelungen wäre, in kürzester Zeit alle Maßnahmen zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen. Während die Zuckerepreise vor mehreren Monaten zwangsweise gesenkt wurden, erfolgte die Senkung aller übrigen Kartellpreise (insbesondere von Kohlen und Eisen) erst in den letzten Tagen. Schon aus preispolitischen Überlegungen mußten sich Komplikationen für die Zuderindustrie ergeben, zu denen sich noch die übrigen enormen Schwierigkeiten hinzugesellten, nicht zuletzt die Haltung der Regierung in betreff der Zuckerausfuhr.

Erhöhung der russischen Wareneinfuhr aus Polen auf Kosten Deutschlands?

Wie verlautet, treffen Anfang April d. Js. Vertreter der sowjetrussischen Wirtschaftsinstitute in Warschau ein, um weitere Verhandlungen mit den Vertretern der polnischen Wirtschaft über den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland zu führen.

Diesen Besprechungen soll um so größere Bedeutung zukommen, als kürzlich infolge einer gewissen Spannung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion eine Reihe von Aufträgen, welche ursprünglich Deutschland zugesagt waren, unter andere Länder verteilt werden sollen. Im Zusammenhang damit erwartet man in interessierten polnischen Kreisen, daß neben Frankreich auch Polen mit zusätzlichen Bestellungen bedacht wird. Es wird im einzelnen noch erwähnt, daß der Ausfuhrplan, der durch den Sowjetrußlandplan geschaffen worden ist, schon in erheblichem Maße durch Einbeziehung einer Anzahl von Waren, die Polen bisher nicht lieferte, eine Ausdehnung erfahren hat.

Dem Vernehmen nach steht der Ankauf von 19 Lokomotiven bevor, von denen die Keisel und Tender von der Warschauer Lokomotivfabrik und die mechanischen Einrichtungen und das Fahrgestell von der „Eisen Lokomotivfabrik in Chrzanów“ geliefert werden sollen. Ferner stehen Verhandlungen über die Lieferung verschiedener elektrotechnischer Erzeugnisse vor dem Abschluß. Es handelt sich durchweg um Erzeugnisse, die Sowjetrußland bisher von Polen nicht bezogen hat.

Eine weitere Besorgnis verursacht die Frage der Kreditgarantie. Man weiß nicht, inwieweit die polnische Regierung geneigt sein wird, die übliche 50prozentige Garantie zu gewähren. Ungewiß scheint auch noch die Stellung der Bank Politi zur Finanzierung der Sowjetwechsel zu sein. Wie es heißt, werden gegenwärtig in diesen Fragen Besprechungen zwischen Vertretern der polnischen Industrie und dem polnischen Finanzministerium geführt. DWS.

Die langfristigen Kredite der staatlichen Landeswirtschaftsbank Polens. Die staatliche Landeswirtschaftsbank Polens hat ein Rundschreiben verfaßt, in welchem sie, gestützt auf das Gesetz vom 20. Dezember 1932 und die Ausführungsbestimmungen des polnischen Finanzministeriums vom 6. März d. Js., bekannt gibt, daß die Verzinsung langfristiger Kredite der staatlichen Landeswirtschaftsbank in 7- und 8prozentigen Kommunalobligationen der Bank, soweit diese auf Goldzins oder Dollar lauten, auf 5 Prozent jährlich herabgesetzt wird. Für die Kommunalobligationen der neuen Tilgungsfrist von 20, 30 und 40 Jahren festgelegt. Die Zinsfindung beginnt mit der am 1. April d. Js. fälligen Rate. Sie wird angenommen für den Rest des Anleihekapitals, welcher nach dem bisherigen Tilgungsplan am 1. April verbleibt.

Die erste Lieferung polnischer Schienen nach Brasilien. Am 25. März ist die erste Lieferung polnischer Schienen im Umfange von etwa 4000 To. im Gdinger Hafen nach Brasilien umgeschlagen worden. Nach einer Verfügung des polnischen Handelsministeriums erfolgt der polnische Kasseimport aus Brasilien im Austausch gegen polnische Gütererzeugnisse. Der Beginn des Kompensationshandels zwischen Polen und Brasilien stellt einen Umbruch in den bisherigen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder dar. Bisher gestaltete sich die Bilanz des Warenverkehrs mit Brasilien für Polen passiv, ähnlich wie mit den meisten anderen überseeischen Ländern. Mit den neuen Maßnahmen sollen die Grundlagen für einen Ausgleich der Handelsinteressen der beiden Länder geschaffen werden.

Wienmarkt.

London, 3. April. Amtliche Notierungen am englischen Bauxitmarkt für 1 cwt. in engl. Sch.: Polnische Bauxits Nr. 1 sehr mager 67, Nr. 2 mager 64, Nr. 3 61, schwere sehr mager 66, Nr. 2 mager 62, Sechser 64. Polnische Bauxits in Liverpool 65-68. Die Gesamtzufuhr betrug in London in der Vorwoche 22 698 cwt. Große Veränderungen in der Preislage sind nicht eingetreten. Die Tendenz war gut behauptet, die Nachfrage war wegen der geübten Zurückhaltung nur mäßig.

Finanzierung von Meliorationen.

Die weitere Entwicklung dieser Frage.

Dr. Er. In den Agrarkreisen, insbesondere in den landwirtschaftlichen Verbänden, wird in letzter Zeit den Fragen des Meliorationswesens wieder viel Aufmerksamkeit gewidmet. In der von der „Centralne Towarzystwo Organizacji i Kółek Rolniczych“ an das Präsidium des Ministerrats gerichteten Denkschrift werden alle Postulate besonders unterstrichen, die auf der Konferenz am 31. 1. 1933 formuliert wurden, an der Regierungsvertreter, Delegierte der Agrarbank und der Landwirtschaftsbank teilnahmen. Am 1. 4. 1933 soll die erste Serie der im Programm für öffentliche Arbeiten vorgesehenen Meliorationen beginnen. Da die Reglementierung bis zu 80 Prozent der Ausgaben (Arbeitskosten) für diese Meliorationsarbeiten deckt, bleibt ein Rest von ca. 20-30 Prozent zurück, der noch finanziert werden muß. Angesichts der Vorteile, die der Gesamtwirtschaft durch die Vornahme von Meliorationen erwachsen, wird von den Wassergenossenschaften der Öffentlichkeit der Wunsch unterbreitet, auch die fehlenden Fonds den öffentlichen Mitteln zu entnehmen.

Um diese Wünsche kritisch würdigen zu können, ist es notwendig, den Stand der Meliorationsarbeiten kurz zu skizzieren. Vorweg sei hervorgehoben, daß dem Meliorationswerk bisher nur ein geringer Erfolg beschieden war. Der umfassende volkswirtschaftliche Aufseß bei der Durchführung von Meliorationen wird in einem Staat nur dann erreicht, wenn bestimmte Vorbedingungen geschaffen sind. Durch eine unzureichende oder unzuverlässige gesetzliche Regelung der Wassernutzung, durch eine mangelhafte Agrarverfassung, sowie durch das Vorhandensein einer großen Anzahl von „Zwergwirtschaften“ oder Latifundien, durch eine zu starke Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes, ferner durch das Fehlen guter Wege, qualifizierter Arbeitskräfte usw. können Meliorationen nur wenig günstig. Berücksichtigt man die Größe der Fläche (etwa 10 Millionen Hektar) der sog. „Zwergwirtschaften“ im Verhältnis zu dem mittleren und Großgrundbesitz, und die verhältnismäßig extensive Wirtschaftsweise dieser kleinen Wirtschaftseinheiten, so wird man der Meinung von Dr. Szymanski beistimmen können, daß von der Agrarbevölkerung Polens etwa 8 Millionen Menschen keine genügende Existenzgrundlage im eigenen Betrieb haben. Als vornehmstes Mittel zur Befähigung von Grund und Boden wurde eine einschneidende Agrarreform betrachtet. Es ergab sich jedoch bald, daß auch nach einer weitgehend durchgeführten Parzellierung die zur Verfügung stehende Bodenfläche bei weitem nicht ausreichen würde, um den Land hunger zu befriedigen. Einem Bedarf bis zu 20 Millionen Hektar stehen höchstens 5 Millionen Hektar parzellierungsfähigen Großgrundbesitzes gegenüber. Infolgedessen wurden die Meliorationen als das eigentliche Mittel zur Stillung des Land hunger erkannt. Indes konnte hauptsächlich infolge der finanziellen Schwierigkeiten des Staates das Meliorationsprogramm nur in sehr bescheidenem Umfange realisiert werden. Die Tätigkeit der Regierung bezog sich hauptsächlich auf die Lösung der rein organisatorischen Seite des Problems.

Zusammenfassend läßt sich über die Durchführung der Meliorationen in ihren verschiedenen Anwendungsgebieten (Aufregulierung, Trockenlegung von Mooren, Acker-, Wiesen- und Weidenentwässerung) folgendes sagen: Die Möglichkeiten für eine Ausgestaltung der Binnenwasserstraßen liegen in Polen an sich günstig. Die natürlichen Wasserstraßen sind gut auf das polnische Staatsgebiet verteilt. Sie gruppieren sich um 4 Flüsse: die Weichsel, die Warthe, den Prypjet und den Niemien, die durch Kanäle untereinander verbunden, die Grundlage von 4 Verkehrsnetzen bilden. Die amtliche Statistik beziffert die Länge dieser Wasserstraßen auf 16 125 Kilometer, wovon 6851 Kilometer schiffbar sind. Die ungünstige finanzielle Lage nötigte den polnischen Staat, das übernommene Wasserstraßennetz zunächst mehr oder minder in seinem Zustand zu belassen. Anstelle von Aufregulierungen und der Schaffung fahrbarer Wasserstraßen für größere Schiffe hielt es die polnische Regierung für zweckmäßig, das von den Oskupationsmächten unent-

geltlich übernommene Eisenbahnnetz durch Ausbau und Umbau den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des polnischen Staates anzupassen.

Was die Entwicklung der Moore betrifft, so umfaßt das Torfmoor in Polen ein Gebiet von etwa 3 Millionen Hektar, von dem auf die östlichen Gebietsteile 1 700 000 Hektar, auf Kongresspolen 600 000 Hektar, auf das ehemals deutsche Gebiet 400 000 Hektar und auf Kleinpolen 300 000 Hektar entfallen. Größere zusammenhängende Gebiete findet man in den Wojewodschaften Polesie und Wolynsk (sogenannte Sümpfe bei Pinsk) in den nordwestlichen Teilen des Bialer Gebiets und in den westlichen Wojewodschaften. Nach sachverständiger Angabe eignen sich etwa 30 Prozent der Torfmoore Polens für industrielle Zwecke, und zwar für Gewinnung von Ammoniakfasern, von Pech, das nach entsprechender Destillation einen bestimmten Prozentsatz Benzin, Leucht- und Schmieröl und Paraffin liefert, von Gas und Torf. Die restlichen 70 Prozent der Torfmoore können nach vorheriger Melioration landwirtschaftlich genutzt werden. Die industrielle Erschließung der Torfmoore steht indes in Polen infolge der ungünstigen Lage des Staatsfinanzen und des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften auf einer recht primitiven Stufe der Entwicklung. Auch in der Meliorierung der Torfgebiete zum Zwecke der landwirtschaftlichen Nutzung läßt sich nur ein sehr geringer Fortschritt feststellen.

Um einen ähnlich geringen Erfolg handelt es sich bei den sog. „detaillierten Meliorationen“. Nach Schätzung von Prof. Turczanowicz umfaßt das Gebiet der bereits genutzten meliorationsbedürftigen Fläche ca. 15,7 Millionen Hektar, das Unland eine Fläche von 18,7 Millionen Hektar. Von dem meliorationsbedürftigen Kulturland sind 10 Millionen Hektar Ackerfläche und 5,7 Millionen Hektar Wiesen und Weiden. Nach dem Stande vom 1. 5. 1931 wurden seit der Wiedererrichtung des polnischen Staates insgesamt 164 000 Hektar melioriert. Die Gründe für diese Stodung sind in der allgemeinen Wirtschaftskrise, in der schlechten finanziellen Lage des Fiskus, in dem vorhandenen Mangel an der Landwirtschaft, und vor allem in der Politik der Agrarbank zu erblicken, welche die Gewährung von Krediten in der letzten Zeit fast drohte. Nach Schätzung von Prof. Turczanowicz und Ganicz sind 11,6 Milliarden Zloty zur Durchführung der Gesamtmeliorationen nötig. Diefelben Gutachter nehmen einen Jahresaufwand von 129,5 Millionen Zloty für die schrittweise Durchführung ihres Meliorationsplans in Aussicht. Nach dem Stand vom 1. 1. 1931 wurden in dem Zeitabschnitt von 5 Jahren schätzungsweise 181 Millionen Zloty Meliorationskredite erteilt, also eine Summe, die im Verhältnis zum Bedarf sehr gering ist.

Über die Zweckmäßigkeit der Durchführung größerer Meliorationen gehen die Meinungen in Polen weit auseinander. In der Presse wird vielfach hervorgehoben, daß angesichts der gegenwärtigen schlechten Preise für Agrarprodukte und der geringen Hoffnung auf eine Besserung der Rentabilitätsverhältnisse gegenwärtig Meliorationsarbeiten überhaupt unbedenklich seien. Im Gegenzug zu dieser ablehnenden Haltung wird in weiten Kreisen die Ansicht vertreten, daß trotz der besetzten finanziellen Lage des Staates und der wirtschaftlichen Krise versucht werden müsse, die Meliorationsarbeiten, wenn auch in geringem Ausmaße, mit entsprechender staatlicher Unterstützung fortzuführen. Vielfach wird demgegenüber der Standpunkt vertreten, daß die Unkosten für Meliorationszwecke, die ja letzten Endes der Landwirtschaft zugute kommen, auch in erster Linie von den Interessierten getragen werden müssen.

Die Landwirtschaft verhält sich aber mehr oder weniger passiv. Das Hauptargument, das von den Agrarkreisen gegen Meliorationen angeführt wird, ist, daß die zusätzlichen Erträge aus den Ernten bei der Durchführung von Meliorationen nur das Angebot an Agrarerzeugnissen vergrößern, und dadurch die Preise für landwirtschaftliche Produkte drücken. Mit diesem Argument kann man jede Intensivierung der Landwirtschaft, jede Siedlung, und jede Abundung der Zwergwirtschaften, ja die ganze Agrarreform, bekämpfen. Der Staat und die Allgemeinheit können es sich nicht zu eigen machen. Wenn es mit Rücksicht auf die prekäre Lage der Landwirtschaft für die nächste Zeit verständlich erscheinen mag, daß die Landwirte keine größeren Opfer für die Förderung des Meliorationswesens bringen wollen, so wird der Staatsfiskus im Interesse des Volksgutes das Meliorationswesen umso mehr aus eigenen Mitteln im Rahmen seiner Leistungskraft fördern müssen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 4. April auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Politi beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Zins am 3. April. Danzig: Ueberweisung 57,34 bis 57,46, bar 57,37-57,49. Berlin: Ueberweisung, grobe Scheine 46,70-47,10, Wien: Ueberweisung 79,05. Prag: Ueberweisung 386,00. Zürich: Ueberweisung 58,05. London: Ueberweisung 30,62.

Warschauer Börse vom 3. April. Umsätze, Verkauf - Kauf. Belgien - Belgrad - Budapest - Bukarest - Danzig - Helsinki - Spanien - Holland 360,25, 361,15 - 358,85, Japan - Konstantinopel - Kopenhagen - London 30,60, 30,75 - 30,45. Newyork 8,918, 8,938 - 8,898. Oslo - Paris 35,07, 35,16 - 34,98. Prag - Riga - Sofia - Stockholm - Schweiz 172,40, 172,83 - 171,97. Tallin - Wien - Italien 45,80, 46,02 - 45,58.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,80. Berlin, 3. April. Amtl. Devisenkurs. Newyork 4,196-4,204, London 14,36-14,40, Holland 169,43-169,77, Norwegen 73,53-73,67, Schweden 76,02-76,18, Belgien 58,51-58,63, Italien 21,53-21,57, Frankreich 16,48-16,52, Schweiz 80,96-81,12, Prag - Wien 47,45-47,55, Danzig 81,97-82,13, Warschau 46,95-47,15.

Die Bank Politi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,87 Zl., do. H. Scheine 8,86 Zl., 1 Pf. Sterling 30,35 Zl., 100 Schweizer Franken 171,72 Zl., 100 franz. Franken 34,93 Zl., 100 deutsche Mark - Zl., 100 Danziger Gulden 173,57 Zl., tichek. Krone - Zl., österr. Schilling - Zl., holländischer Gulden 358,85 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 3. April. Es notieren: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 42,75 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landbank 36 B., 3proz. Bananleihe (Serie 1) 41 G., Bank Politi 75 B. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 3. April. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise: Roggen 225 to 18,00

Richtpreise: Weizen 33,50-34,50 Roggen 17,75-18,00

Mahlgroße 64-66 kg 13,75-14,25 Mahlgroße 68-69 kg 14,25-15,00 Braugerste - - - - -

Safer, 3. Saat geeig. 11,00-11,50 Roggenmehl (65%) 27,50-28,50

Weizenmehl (65%) 51,00-53,00 Weizenkleie 9,50-10,50

Weizenkleie (grob) 10,50-11,50 Roggenkleie 8,75-9,50

Wintererbsen 42,00-47,00 Felderbsen 21,00-24,00

Viktoriaerbsen 35,00-40,00 Vollerbsen 35,00-40,00

Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen auf anderen Bedingungen: Roggen 135 to, Weizen 45 to, Roggenkleie 30 to, Weizenkleie 30 to, blaue Lupinen 15 to. Besondere Sorten Exportartoffeln über Notiz.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Safer, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Mahlgroße schwach.

Warschau, 3. April. Getreide, Mehl und Futtermittel. Umsätze auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kilo. Parität. Wagon Warschau: Roggen 20,00-20,50, Einheitsweizen 35,50 bis 36,50, Sammelweizen 34,50-35,50, Einheitshafer 16,50 bis 17,00, Sammelhafer 15,50-16,00, Gerste 16,00-16,50, Braugerste 17,00-18,00, Spelteeleerbohlen 22,00-25,00, Viktoriaerbsen 27,00-31,00, Wintererbsen 47,00-49,00, Rottle ohne die Nachschleibe 90,00-110,00, Rottle ohne Nachschleibe bis 97% gereinigt 110,00 bis 125,00, roher Weizen 70,00-90,00, roher Weizen bis 97% gereinigt 100,00-125,00, Luzern-Weizenmehl 57,00-62,00, Weizenmehl 40 52,00-57,00, Roggenmehl I 33,00-35,00, Roggenmehl II 25,00 bis 27,00, Roggenmehl III 25,00-27,00, grobe Weizenkleie 11,00-11,50, mittlere 10,00-10,50, Roggenkleie 9,00-10,00, Leinwand 19,50-20,50, Rapsfuchsen 14,50-15,00, Sonnenblumenfuchsen 16,50-17,00, doppelt gereinigte Gerstella 12,00-13,00, blaue Lupinen 8,50-9,00, gelbe 12,00-13,00, Pelufchsen 13,00-13,50, Weide 14,00-14,50.

Gesamtumsatz 4264 to, davon 3252 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Marktbericht für Sämereien der Firma B. Hozakowski. Thorn, vom 3. April. In den letzten Tagen wurde notiert Zloty per 100 Kilogramm loco Verladestation:

Rottle 95-110, Weizen 70-90, Schwedenkleie 90-105, Gelbklee 70-80, Gelbklee in Rappen 30-40, Infarnatkleie 80-85, Munklee 110-130, Renaras hiesiger Produktion 25-30, Tmohle 14-17, Gerstella 11-13, Sommerweizen 12-14, Winterweizen 25-30, Pelufchsen 11-13, Viktoriaerbsen 28-30, Felderbsen 22-24, grün: Erbsen 32-36, Pferdebohnen 15-17, Gelbklee 40-45, Raps 36-40, Sommererbsen 42-48, Saatlupinen, blaue 6-8, Saatlupinen, gelbe 9-11, Leinmaat 28-32, Hanf 35-40, Blaumohn 140-160, Weizenmohn 120-140, Buchweizen-Konsum 15-18, Sirje-Konsum 15-17.

Danziger Getreidebörse vom 3. April. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Bld., 21,00. Weizen, 125 Bld., 20,50. Roggen 10,75-11,00. Braugerste 10,20-10,50. Rottle 9,25-10,10. Viktoriaerbsen 12,75-16,25. grüne Erbsen 17,50-23,00. Roggenkleie 6,85-7,00. Weizenkleie 7,00-7,25 G. per 100 kg frei Danzig.

Weizen ist ruhiger geworden. Die Mühlen zahlen franko Danzig für 130 Bld. Weizen G. 21,00 p. 100 kg.

Roggen bringt Zloty 19,00 = G. 11,00 p. 100 kg. Gerste ruhiger.

März-Lieferung.

60%, Roggenmehl 20,00 DG., Weizenmehl 0000 35,00 DG. frei Bäckerei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 3. April. Getreide- und Deffaat für 1000 Kilo ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77-76 Kilo 196,00-198,00, Roggen märk., 72-73 Kilo 155,00 bis 157,00, Braugerste 172,00-180,00, Rottle- und Industriegerste 163,00-171,00, Safer, märk. 123,00-126,00, Mais -.

Für 100 Kilo: Weizenmehl 23,00-26,90, Roggenmehl 20,50-22,60, Weizenkleie 8,40-8,90, Roggenkleie 8,75-9,00, Raps -., Viktoriaerbsen 20,50-23,50, Al. Speiseerbsen 19,00-21,00, Rottleerbsen 13,00 bis 15,00, Pelufchsen 13,00-14,00, Ackerbohnen 12,50-14,50, Weizen 14,00-15,00, Lupinen, blaue 9,25-10,50, Lupinen, gelbe 12,75-13,75, Gerstella 17,00-21,50, Leinwand 10,50, Trockenmangel 8,60, Soja-Extraktionschrot 9,00, Kartoffelflocken 14,30-14,70.

Preisnotierungen für Eier. (Gestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 3. April.) Deutsche Eier: Bräuterei (vollfrische, gekommelte), Sonderklasse über 65 gr 9½, Klasse A über 60 gr 8½, Klasse B über 53 gr 7½, Klasse C über 48 gr 6½, frische Eier: Klasse A über 60 gr 7½, Klasse B über 53 gr 6½, aussortierte kleine und Schmutzeier 5½-6, Auslandsener: Dänen und Schweden: 18er 9½, 17er 9, 15½-16er 7½, leichtere -., Rindländer, Estländer und ähnliche Sorten: 18er -., 17er -., 15½-16er -., leichtere -., Holländer, Belgier und ähnliche Sorten: 67-69 gr -., 64-66 gr -., 60-63 gr -., 56-59 gr -., leichtere -., Rumänen: 6½, Ungarn und Jugoslawen: 6½, Polen: größere -., normale 6½-6½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5½-5½. Rühlauser: Chinesen und ähnliche, große -., normale -.

Die Preise verstehen sich in Reichsmark je Stück im Verlehr zwischen Ladungsbegehern und Eiergroßhändlern ab Wagon oder Lager Berlin nach Berliner Wägen.

Witterung: regnerisch. Marktlage: ruhig.